15. Jahrg. / Nr. 229 Preis 10 Pfennig Auswärts 15 Pf. Berlin, Sonnabend, 31. Dezember 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Anzeigen-Expedition für die Arbeiterpresse G. m. b. H., Berlin SW. 68, Hedemannstr. 23 I. Sammelnummer: Bergmann 7538. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Ausgabestellen: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,60 M einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2,60 M. nebst Postgebühr. Streifband im Inland 4,20 M. im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.: die 3gesp. Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeitsmarkt u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriften 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Sie blasen zur Kommunistenhatz!

Auflösung proletarischer Massenorganisationen angedroht — Ausweisungen als Auftakt zu verstärkter KPD.-Unterdrückung

Fort mit der Schleicher-Diktatur!

Die gestern von uns gemeldete polizeiliche Ausweisungsaktion gegen solche Werktätigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber verdächtigt werden, den Kommunisten nahe zu stehen, stellt sich immer mehr als Teil eines großzügigen Polizeifeldzuges heraus, der von der Schleicher-Regierung in umfassender Weise gegen die Kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen vorbereitet wird. Die Ullstein-Presse, die über besonders gute Beziehungen zu den Polizeibehörden verfügt, kommentiert diese Ausweisungen wie folgt:

„Neben diesen Ausweisungsmaßnahmen wird sich die Polizei aber auch in anderer Weise mit der KPD. beschäftigen, vor allem werden die sogenannten Hilfsorganisationen genau beobachtet und man wird prüfen, inwieweit sie Nachfolgeorganisationen des aufgelösten Rot-Front-Kämpferbundes oder der verbotenen Gottlosen-Organisation sind. Stellt sich heraus, daß eine der Hilfsorganisationen eines der verbotenen Ziele weiter verfolgt, so will die Polizei auf dem Wege der Auflösungsverfügung vorgehen. Gleichzeitig werden verstärkte Maßnahmen gegen die kommunistische Zersetzungstätigkeit innerhalb der Polizei und Reichswehr getroffen.“

Wie schnell sind die „sozialen“ Phrasen des Kanzler-Generals zerstoben. Wie sagte er noch in seiner Rundfunkrede: „Mein Programm besteht aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen“. Jetzt zeigt Schleicher sein wirkliches Programm. Unter seiner Regierungsherrschaft ist die Hungerarmee der Erwerbslosen um mehr als eine Viertelmilion angewachsen. Keine Winterhilfe, keine Aufhebung der Papenschen Unterstützungsabbauverordnung vom 14. Juni, trotz Parlamentsbeschluß. Keine Oeffnung der Speicher und Kohlenhalden. Aber Butterbeimischungszwang für Margarine! Teuerungsfeldzug durch neue Zoll- und Kontingentierungsgesetze! Und als wichtigster Programmpunkt: Drakonische Maßnahmen gegen die KPD!

Schleicher verschärft die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei, weil sie die einzige Kraft ist, die das werktätige Volk zur Verteidigung seiner elementarsten Lebensinteressen gegen die kapitalistische Diktatur aufruft, weil sie an die Massen der Werktätigen appelliert, den Maßnahmen des Schleicher-Kabinetts mit denselben außerparlamentarischen Kampfmitteln entgegenzutreten, die bereits das Papen-Kabinett hinweggefegt haben. Es ist das Klassenziel der Bourgeoisie, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats zu zerschlagen und zu vernichten, damit die Ausplünderung und politische Knechtung der Massen ins Ungemessene gesteigert werden kann. Deshalb schreit sich Hitler die Kehle heiser nach dem Parteiverbot, deshalb hetzte das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, noch vor wenigen Tagen:

„Wenn nun Deutschland schon mehr als zwölf Jahre hindurch das besondere Tätigkeitsfeld der dritten Internationale abgegeben hat, dann fragt sich die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, mit welchem Recht ausländische Institutionen die ohnehin schon bis zum äußersten überspannte Notlage eines Volkes in destruktiver Weise noch mehr zu beeinträchtigen sich erdreisten dürfen.“

Deshalb appelliert die schwerindustrielle „DAZ.“ in ihrer gestrigen Morgenausgabe an die Schleicher-Regierung, „den revolutionären Umtrieben der Kommunistischen Partei mit kraftvollen staatlichen Maßregeln bis zu ihrer völligen Unterdrückung entgegenzutreten.“

Und deshalb stehen auch die Leipart, Severing und Wels, die heute mit neuen Betrugsmanövern versuchen, die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder vor den Karren der Schleicher-Diktatur zu spannen, mit an vorderster Stelle in der großen „nationalen“ Hetzfront gegen die einzige revolutionäre Freiheitspartei.

Sie schreien über „Hochverrat“, Fortführung des Frontkämpferbundes und der verbotenen „Gottlosen“-Organisationen, aber nicht dort drückt sie der Schuh. Es ist unsere Streikorganisierung gegen jeden Pfennig Lohnabbau, um die Zurückeroberung der geraubten Löhne, unsere Mobilisierung der Gewerkschaftskollegen gegen den Leipart-Kurs, unser Massenkampf um die Oeffnung der Speicher- und Kohlenhalden, unsere kühne Offensive gegen Versailles und Tributknechtschaft, unser zäher Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die proletarische Einheitsfrontaktion, unser erfolgreicher Einbruch in das Lager des Hitler-Faschismus. Das geht an ihren Lebensnerv! Dagegen wollen sie das ganze Feuer ihres Unterdrückungsfeldzuges konzentrieren.

Deshalb ist jeder Schlag gegen die Kommunistische Partei und die proletarischen Massenorganisationen ein Schlag gegen die Lebensinteressen des werktätigen Volkes. Nicht von Schleicher, sondern einzig und allein von der Entfaltung der proletarischen Massenkraft hängt es ab, inwieweit die Bourgeoisie ihre neuen Unterdrückungs- und Verbotspläne verwirklichen kann. Darum Alarm geschlagen in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren. Das Proletariat muß beweisen, daß es seine Partei und seine Massenorganisationen zu verteidigen versteht.

14 Jahre KPD.

Von Wilhelm Pieck

Im Feuer des Bürgerkrieges, den Ebert im Bunde mit den weißen Generalen gegen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Berlin eröffnet hatte, trat am 28. Dezember 1918 der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse hatte damals erst eine kleine Minderheit des Proletariats organisatorisch erfaßt, in ihren Reihen herrschte noch in vielen Fragen Unklarheit und Verwirrung, die auch durch den Parteitag nicht beseitigt werden konnte; dennoch bedeutete dieser Parteitag einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von größter historischer Bedeutung.

Zum erstenmal wurde auf deutschem Boden eine Arbeiterpartei geschaffen, die sich vorbehaltlos auf den Boden des revolutionären Marxismus stellte, eindeutig den wichtigsten politischen Grundsatz des Marxismus, den unversöhnlichen Klassenkampf für die proletarische Diktatur als den einzigen Weg zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft erklärte. Damit sprach die junge KPD. ihre volle Solidarität mit der Oktoberrevolution aus, bekannte sich offen zu den bolschewistischen Grundsätzen und den Aufgaben einer revolutionären marxistischen Partei. Die KPD. eröffnete den Kampf nicht nur gegen die offenen Arbeiterverräter, die Ebert, Scheidemann, Noske, sondern auch gegen alle jene charakterlosen, feigen, betrügerischen Opportunisten, die unter dem Deckmantel revolutionärer Phrasen die reformistische Politik verteidigten. Die „unabhängigen“ Führer, die Haase, Dittmann und Hilferding spielten bei der Irreführung des Proletariats in den entscheidenden Monaten der Revolution eine noch verhängnisvollere Rolle als die zynisch-brutalen Führer der Sozialdemo-

Der erste Tag des zweiten Plans

Feierlicher Auftakt zum 2. Fünfjahrplan — Es geht aufwärts mit der Arbeitsproduktivität — Deutsche Arbeiter wetteifern mit den russischen Klassengenossen

Moskau, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht unseres Moskauer St.-Sonderberichterstatters). In den letzten Tagen haben die Belegschaften fast aller Betriebe die Vorbereitungen zum Tag der Stoßbrigadler, dem ersten Tag des zweiten Fünfjahrplanes, zu Ende geführt. Zahlreiche Betriebe geben bekannt, daß sie infolge des ungeheuren Schwungs der Stoßbrigadlerbewegung im Monat Dezember die Pläne vorfristig erfüllt haben. Der Kampf wird in erster Linie geführt um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Eine gewaltige Massenbewegung für die Verbesserung der Produktion hat eingesetzt. Während die Arbeiter und Ingenieure des Charkower Traktorenwerkes im November 300 Verbesserungsvorschläge gemacht haben, haben sie in 24 Tagen des Monat Dezember 500 Vorschläge eingebracht.

Im Moskauer Betrieb Stanko-Sawod, der erst vor 10 Tagen eröffnet wurde, sind unter hervorragender Beteiligung deutscher Arbeiter 53 Verbesserungsvorschläge gemacht worden. Allein die Vorschläge eines Berliner Arbeiters werden 15 000 Rubel Ersparnis ergeben.

Auf dem Dynamo-Werk haben sich neue Rentabilitätsbrigaden gebildet, die den Namen „zweiter Fünfjahrplan“ tragen.

Am 31. Dezember finden in den Fabriken und im Moskauer Kulturpark Meetings der Stoßbrigadler statt, in denen die siegreiche Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes und der Uebergang zum zweiten Fünfjahrplan gefeiert wird. Um Mitternacht werden überall Ansprachen gehalten. Am 1. Januar versammeln sich die besten Stoßbrigadler Moskaus im Kolonnensaal der Gewerkschaften, um über ihre Erfolge zu berichten. Führer der Partei und der Gewerkschaften werden hier sprechen.

Steigende Elendsflut

2 700 000 Wohlfahrtserwerbslose gezählt!

Der Deutsche Städtetag teilt mit: Die Zahl der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen ist nach den Ermittlungen der Arbeitsämter und Wohlfahrtsämter im November weiter stark gestiegen. Nach der amtlichen Zählung sind insgesamt 2 310 000 sogenannte „anerkannte“ Wohlfahrtserwerbslose ermittelt worden, gegenüber dem Oktober rund 116 000 mehr. Nach den Ermittlungen des Städtetages treten zu der Zahl von 2 310 000 „anerkannten“ Wohlfahrtserwerbslosen weitere rund 400 000 arbeitsfähige Erwerbslose hinzu, die gleichfalls von den Gemeinden unterstützt werden, die aber bei der amtlichen Zählung nicht berücksichtigt sind. Es handelt sich jedoch, wie nochmals ausdrücklich zu betonen ist, um durchaus arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen und nicht etwa, wie gelegentlich behauptet ist, um städtische Armenpfleglinge, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Krüppel usw., die in ihrer Gesamtheit nochmals mit einer Zahl von 1 600 000 den Gemeinden zur Last fallen. Nicht eingegriffen sind die Millionen von jeder Unterstützung Ausgeschlossenen, die von keiner Statistik erfaßt werden!

Rotes Berlin! Heraus auf die Straße!

Zum Massenaufmarsch am Mittwoch, dem 4. Januar, 17 Uhr, im Lustgarten!

kratie, die sich frech und offen als Gegner der Revolution, zu ihrer Rolle als „Bluthunde" bekannten.

Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs heroischer Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die sozial-imperialistische Politik der SPD., die Entlarvung des bürgerlichen Pazifismus, des kautskyanischen Zentrums, ihre unermüdliche Arbeit zur Sammlung, Schulung und Mobilisierung der revolutionären Vorhut der Arbeiterschaft und der Arbeiterjugend, die Hilfe Lenins und der Bolschewiki bei der Klärung der Grundfragen im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg, im Kampfe gegen den Sozialchauvinismus, das heroische Beispiel der bolschewistischen Partei im Oktober 1917 hatten die Voraussetzungen für die Gründung der Partei geschaffen. Getreu dem Vermächtnis von Marx und Engels und dem russischen Beispiel, wurde der rücksichtslose Bruch mit dem Reformismus, der bürgerlichen Agentur in der Arbeiterbewegung, vollzogen. Vier Jahrzehnte lang waren die Mahnungen der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, die schon in der Zeit des Sozialistengesetzes den Hinauswurf der kleinbürgerlich-opportunistischen Elemente aus der Arbeiterbewegung gefordert hatten, unbeachtet geblieben. Der Kriegsausbruch offenbarte augenscheinlich die ganze Fäulnis, die sich in Jahrzehnten in den Körper der deutschen Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale eingefressen hatte. Er offenbarte aber zugleich die Schwäche des Linksradikalismus, der in der Vorkriegszeit den Revisionismus und den Zentrismus politisch bekämpfte, wenn auch mit großen Schwankungen und Fehlern, aber die rechtzeitige Schaffung eines organisatorischen Fundaments einer revolutionären Parteibewegung versäumt hatte.

Die Trennung der revolutionären von den reformistischen Elementen innerhalb der Arbeiterbewegung, die Schaffung einer im unversöhnlichen Kampf gegen die Reformisten aller Schattierungen gestellten marxistischen Partei, die die Bolschewiki unter Lenins Führung schon 1903 durchgeführt hat, kam so historisch verspätet in Deutschland erst nach dem Ausbruch der November-Revolution 1918 zustande. In seinem Brief an den Jenaer Parteitag (1921) schrieb Lenin:

„Eine wirkliche revolutionäre Partei hatte die deutsche Arbeiterklasse im Augenblick der Krise infolge der Verzögerung der Spaltung, infolge der verhängnisvollen Einheitstradition der feilen und charakterlosen (Kautsky, Hilferding und Co.), der ganzen Bande der Lakaien des Kapitals (Scheidemann, Legien, David und Co.) noch nicht gehabt.... Das ist der Grund, warum die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des Jahres 1918 einen so schweren und qualvollen Weg gegangen ist."

Blutige Niederlagen, furchtbare Opfer, Jahre maßlosen Elends haben der deutschen Arbeiterschaft die Lehre Lenins eingehämmert, daß es für die Arbeiterklasse kein kostbareres Gut gibt als die revolutionäre Partei, als Voraussetzung ihres Sieges, die mächtigste Waffe der Befreiung aller Werktätigen. Die Herausbildung unserer Partei, ihre Verankerung in den Massen, ihr politisches Reifen, ihre Stählung und Festigung, das ist das wichtigste Ergebnis der jahrelangen schweren, opferreichen Kämpfe, für die die Besten unserer Bewegung ihre ganze Kraft und ihr Leben eingesetzt haben.

Wenn durch die Schläge des Klassenkampfes und durch eigene Fehler der Einfluß, die Macht unserer Partei zurückgedrängt wird, spürt das die ganze werktätige Masse am eigenen Leib. Wir erinnern an den furchtbaren Hungerwinter 1923/24, als das Proletariat durch den Verrat der SPD und durch die opportunistischen Fehler der Brandler-Gruppe eine Niederlage erlitten hatte, als die KPD. von Ebert, Seeckt und Schleicher in die Illegalität gedrängt wurde. Damals wurde der Achtstundentag beseitigt, die Zwangsarbeit für Erwerbslose eingeführt, Löhne und Unterstützung auf ein bis dahin unerhörtes Mindestmaß herabgedrückt.

Diese Lehre der Vergangenheit ist für das Verständnis der gegenwärtigen Taktik, die die Bourgeoisie mit ihrer Schleicher-Regierung gegen die Arbeiterklasse einschlägt, von größter Bedeutung. Was der „soziale" General durch kleine Scheinkonzessionen an die Massen und bewußte Provokationen gegen die revolutionäre Vorhut erreichen will, das ist die Isolierung der Vorhut von den Massen. So hofft er noch einmal zu vollbringen, was ihm und seinen Spießgesellen 1918/19 gelungen ist: die Fernhaltung der breiten proletarischen Massen vom revolutionären Kampf, welche die blutige Niederschlagung der revolutionären Vorhut und damit die zeitweilige Rettung des verfaulenden kapitalistischen Systems auf Kosten der blutenden, hungernden Massen ermöglichte.

Aber die Herren werden sich täuschen. 1932 ist nicht 1918. Der Reformismus beherrscht nicht mehr die große Masse der Arbeiterklasse. Die besonders gefährliche „linke" Abart des Reformismus kann nicht mehr wie 1918/19 die Mehrheit der revolutionären Arbeiter täuschen, die Kommunistische Partei ist nicht mehr organisatorisch schwach, dezentralisiert und durch Schwankungen zwischen opportunistischen und sektiererischen Fehlern unfähig, die Schläge des Klassenfeindes wirksam zu beantworten wie das in der ersten revolutionären Krise der Nachkriegszeit 1918 bis 1923 der Fall war.

Die KPD. hat als Sektion der Kommunistischen Internationale gelernt, sich die Lehren des Leninismus, des Bolschewismus anzueignen. Sie hat das revolutionäre Vermächtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs übernommen, aber ihre Reihen von der schlechten Erbschaft sozialdemokratischer Traditionen, unmarxistischer, unleninistischer Anschauungen, die auch diesen großen Führern noch anhafteten, gereinigt, sie hat in 14 Jahren eines schweren Kampfes gegen den Klassenfeind und gegen den Einfluß feindlicher Ideologie in ihren eigenen Reihen die Bolschewisierung der Partei durchgeführt, eine bolschewistische Führung mit dem Genossen Thälmann an der Spitze geschaffen, eine eiserne Kohorte, die es verstehen wird, die Arbeiterklasse gegen alle Angriffe des Klassenfeindes zu verteidigen und den revolutionären Ausweg aus dem Krisenelend zu erkämpfen.

Die Partei hat besonders in den Kämpfen der letzten Monate gezeigt, daß sie es versteht, die Interessen der breitesten werktätigen Massen wirksam zu verteidigen. An dem von ihr organisierten Widerstand zerschellte der erste faschistische Sturmangriff. Wie die Partei an der Spitze der Massen die Interessen der Arbeiterklasse verteidigte, so werden die werktätigen Massen, um die Partei geschart, die Partei, ihre beste Waffe gegen die Angriffe des Faschismus, verteidigen. Im Jahre 1902 schrieb Lenin:

„Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben."

Das deutsche Proletariat hat mit Hilfe der Kommunistischen Internationale, Lenins und der Bolschewiki eine solche Organisation: die Kommunistische Partei Deutschlands, geschaffen. Noch muß sie lernen, in allem ihrem bolschewistischen Vorbild zu gleichen, Führerin aller Kämpfe der arbeitenden Massen zu werden. Die Partei muß lernen, die Beschlüsse des 12. Plenums zu verwirklichen, die Massen auf die Bahn des politischen Entscheidungskampfes zu führen. Aber mit dem Anschwellen des Massenkampfes, der hartnäckigen Abwehr der verschärften Angriffe der Bourgeoisie und des Faschismus rückt der Zeitpunkt näher und näher heran, in dem die Partei an der Spitze der Arbeiterklasse das Vermächtnis unserer großen Führer Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in die Tat umsetzen und das kapitalistische Deutschland aus den Angeln heben wird.

1919 glaubten die Ebert und Noske, die Groener und Schleicher, die junge, unerfahrene, organisatorisch schwache Kommunistische Partei endgültig durch blutigen Terror vernichtet zu haben. Das ist ihnen nicht gelungen. Die revolutionären Massen verteidigten mit ihrem Leben ihre revolutionäre Kommunistische Partei. Heute ist die Partei stärker als jemals zuvor. Wenn jetzt wieder die Frage: wir oder sie auf des Messers Schneide gestellt wird — wir zweifeln nicht, wer der Sieger sein wird.

Die Margarine-Verordnung muß weg!

Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel verlangt. Ein Eventualantrag fordert, daß die Beimischung von Butter zur Margarine in keinem Falle zu einer Erhöhung der Margarinepreise führen darf.

Weitere kommunistische Anträge fordern eine besondere Winterhilfe für alle Jungerwerbslosen und für die Kinder der Arbeitslosen, die Auflösung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung und die Beseitigung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die Kommissariate des Reichs und der Länder, sowie die unter Beteiligung privater Organisationen gebildeten Ausschüsse sollen aufgelöst werden. Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichstag einen Bericht über die bisher für den freiwilligen Arbeitsdienst verwandten und gegenwärtig noch zur Verfügung gestellten Geldmittel vorzulegen.

Reichsbannerführer auf Schleicherpfaden

Keine Beteiligung am Reichskuratorium — aber Wehrsport „bei allen Gelegenheiten"

Die offene Beteiligung des Reichsbanners am Reichskuratorium des Generals v. Stülpnagel hat vor allem in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter einen ungeheueren Entrüstungssturm hervorgerufen. Auf den Zahlabenden der Partei, in den Abteilungsversammlungen des Reichsbanners wurden flammende Protestbeschlüsse gegen diese offene Auslieferung des Reichsbanners an die faschistischen Offiziere des Jugendkuratoriums gefaßt. Mit Recht erklären die sozialdemokratischen Arbeiter, daß diese Beteiligung des Reichsbanners zugleich die offene Unterstützung der Schleicher-Regierung darstelle.

Unter dem Sturm und Druck der Mitgliedschaft haben sich jetzt die SPD.- und Reichsbannerführer gezwungen gesehen, zu einem neuen Manöver Zuflucht zu nehmen, um die rebellierenden Massen zu beruhigen. In einer gemeinsamen Sitzung zwischen SPD.- und Reichsbannerleitung wurde beschlossen, daß sich das **Reichsbanner nicht am Reichskuratorium beteiligen** werde.

Zugleich aber erklärt der „Vorwärts", daß durch diesen Beschluß die Stellung der Partei zur **„Umorganisation der deutschen Wehrmacht"** nicht berührt werde. Und die Reichsbannerzeitung schreibt:

„Wir gehen den Weg weiter, den die Bremer Konferenz vorgezeichnet hat: **Wehrsport unter Ausnutzung aller sich bietenden Gelegenheiten.**"

Die SPD.- und Reichsbannerführer, die versuchten, auf dem Weg über das Reichskuratorium die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in die Schleicher-Front zu pressen, nehmen ihre Zuflucht zu einem neuen Manöver, um dies Ziel zu erreichen. Die Erklärung der beiden Zeitungen zeigt ganz klar, daß die sozialfaschistischen Führer an ihrem Ziel, ihre Mitglieder in die militärische Front des deutschen Imperialismus einzureihen, unverrückt festhalten.

Denn was besagt der Satz „Wehrsport bei allen sich bietenden Gelegenheiten"? Doch nichts anderes, als daß das Reichsbanner bei jeder neuen Möglichkeit, die Organisation in die faschistische Wehrsportfront einzugliedern, mitmachen wird. Und die Aeußerung des „Vorwärts" besagt noch deutlicher, um was es sich dabei handelt: **Einreihung des Reichsbanners beim Aufbau der deutschen Miliz.** Von den Führern, die im Kriege jedes Verbrechen begingen, um die kaiserliche Armee zu schützen, kann man ja auch keine andere Stellung erwarten.

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Mitglieder der SPD. und des Reichsbanners jetzt glauben würden, die Gefahr der offenen Eingliederung ihrer Organisationen in die faschistische Front sei vorüber. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, heißt es hier. Bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit werden diese Führer den Versuch vom Reichskuratorium wiederholen. Daß diese Führer nur eine Scheinopposition gegen die Schleicher-Regierung spielen, ist nach dem Gesagten wohl klar.

Die SPD.- und Reichsbannerarbeiter aber wollen ehrlich eine antifaschistische Front. Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Reichskuratorium müssen diesen Arbeitern zeigen, daß SPD. und Reichsbanner Feinde der antifaschistischen Front sind und darauf brennen, sich so rasch wie möglich in die Faschistenfront auch offen einzureihen. Die Arbeiter, die ehrlich gegen den Faschismus kämpfen wollen, müssen deshalb die **Einheitsfront mit den revolutionären Antifaschisten** schließen, sich in die rote Einheitsfront einreihen und gemeinsam mit ihren revolutionären Klassengenossen den Massenkampf gegen Lohnabbau und Faschismus organisieren und führen.

Entlassungen bei Siemens zurückgenommen

Ein Erfolg der „Roten Fahne"

Aus dem Wernerwerk wird uns mitgeteilt, daß die Firmenleitung Anweisung gegeben hat, Arbeiter zu entlassen, da es im Interesse der Wirtschaft auch weiterhin notwendig ist, zu rationalisieren. Erstaunt aber waren nun die Arbeiter, als ihre Entlassung plötzlich zurückgenommen wurde und statt dessen eine Versetzung nach anderen Abteilungen erfolgte. Die Zurücknahme der schon ausgesprochenen Kündigungen ist darauf zurückzuführen, daß die roten Betriebsräte sofortige Abwehrmaßnahmen ergriffen und infolge der Ankündigung in der „Roten Fahne" von größeren Entlassungen im Wernerwerk M die Belegschaft in größter Erregung war. Das sofortige Reagieren der Belegschaft hatte zur Folge, daß die Siemens-Direktion sich gezwungen sah, diese Zugeständnisse zu machen. — Weitere Wachsamkeit der Belegschaft ist erforderlich, um weitere Entlassungen zu verhindern. Setzt euch bei allen vorkommenden Entlassungen, Akkordverschlechterungen, Lohnreduzierungen sofort mit den roten Vertrauensleuten und roten Betriebsräten in Verbindung! Wählt Delegierte in allen Abteilungen zum Einheitsfrontkongreß zum 29. und 30. Januar, die Kriegsgefahr ist ungeheuer groß, wählt Delegierte zu diesem Kongreß! Wählt rote Betriebsräte!

KPD.-Landtagsfraktion gegen den Ausweisungsskandal

Bourgeois-Tränen, wenn es um einen Pfaffen, Jubel, wenn es gegen Werktätige geht

Die Verlogenheit der kapitalistischen Presse kennt keine Grenzen. Zur gleichen Zeit, wo sie ein teils sentimentales, teils racheschnaubendes Lamento wegen der Ausweisung des deutschen Kaplans Gillis aus dem von Belgien okkupierten Eupen erhebt, begrüßt sie die Massenausweisung proletarischer Ausländer aus Berlin. Wer eine solche asylfeindliche Politik treibt, wie die deutsche Bourgeoisie, hat wahrhaftig das Recht verloren, sich über Ausweisungen von Deutschen aus Nachbarländern zu beschweren.

Wie wir erfahren, hat sich die kommunistische Landtagsfraktion bereits des Ausweisungsskandals angenommen, sie wird dafür sorgen, daß der Landtag zu dem Treiben der Berliner Polizei Stellung nimmt. Die Polizei hat eine Mitteilung herausgegeben, wonach in den letzten Monaten 20 Personen aus Berlin ausgewiesen worden seien, was über das übliche Maß angeblich nicht hinausgehe. Selbst die liberale bürgerliche Presse zweifelt an der Richtigkeit dieser Angaben. Inzwischen wird bekannt, daß unter den Ausgewiesenen sich neben dem Zeichner Bittner und dem Journalisten Popper auch eine Lehrerin einer Berliner Aufbauschule und ein Arzt befinden.

Delmenhorster Wohlfahrtsarbeiter streiken

Die staatlichen Wohlfahrtsarbeiter in Delmenhorst (Oldenburg) beschlossen am 28. Dezember mit 85 gegen 13 Stimmen, in den Streik zu treten. Sie hatten der oldenburgischen Staatsregierung ein Ultimatum gestellt, das jedoch ablehnend beschieden wurde. Die Arbeiter kämpfen für Zahlung von 75 Pfennig Stundenlohn, Bezahlung der Regentage, Lieferung von Arbeitskleidung, Schaffung von heizbaren Unterständen auf freier Strecke und Abstellung betrieblicher Mißstände. Die Führung des Streiks liegt in den Händen eines 20 Mann starken Kampfausschusses, der aus der Mitte der Belegschaft gewählt wurde.

„Unbezahlbare Arbeit"

„Die „Rote Fahne", die ihren Lesern täglich vorschwindelt, wir stecken mit Schleicher unter einer Decke, leistet tatsächlich für Schleicher unbezahlbare Arbeit, indem sie jeden Vorstoß gegen ihn, sein System und seine Ministerkollegen in die Richtung auf die Sozialdemokratie abzulenken versucht."

Das steht gestern auf der ersten Seite des „Vorwärts" und auf der letzten Seite steht eine „Neujahrbotschaft" von Leipart, in der es wörtlich heißt:

„Heute versucht die Regierung von Schleicher einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen... Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten?"

Nein, das können die Leipart, Wels und Löbe nicht. Deshalb pfeifen sie auf alle Proteste der SPD.- und Gewerkschaftsmitglieder und lehnten gemeinsam mit den Nazis die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das Schleicher-Kabinett ab. Und trotz Nichtdurchführung der Winterhilfsbeschlüsse, trotz Schleichers Margarineverordnung und Teuerungsfeldzug schrieb Heilmann im „Freien Wort", die Schleicher-Regierung habe „auf sozialem Gebiet alles unterlassen, was als Provokation der Arbeiterschaft gedeutet werden könnte."

Wenn jetzt dieselben Leute die Kommunisten als „Verbündete Schleichers" beschimpfen, die „unbezahlbare Arbeit" für ihn leisten, dann können wir das Urteil über diese abgedroschene „Haltet-den-Dieb"-Methode getrost der Arbeiterschaft überlassen.

Von 20 Kunden kaufen nur 3 Butter

Was der kleine Geschäftsmann zur Margarine-Notverordnung Schleichers sagt

Ein kleiner Laden in der Winzstraße. Auf dem Schaufenster ist mit verblaßter Schrift „Milchhalle" aufgemalt. Beim Oeffnen der Ladentür schellt blechern eine Glocke. Eine alte Frau kommt aus dem hinteren Raum in den Laden geeilt. Dienstefrig fragt sie nach meinen Wünschen und ist enttäuscht, daß ich ihr nichts abkaufen will. Aber dann hellt sich ihr müdes Gesicht auf, als sie erfährt, daß sich die „Rote Fahne" für ihre Nöte und Sorgen interessiert.

Zögernd noch und etwas mißtrauisch beginnt sie zu erzählen. Fast 30 Jahre betreibt die Frau den kleinen Milch- und Butterladen. Mit den sauer verdienten Ersparnissen aus der Arbeit vieler Jahre hatten sie und ihr Mann das Geschäft aufgebaut. Zäh und unermüdlich hatten sie dafür gearbeitet — dann kam der Krieg, die Inflation und alle Hoffnungen wurden langsam zunichte. Der Mann starb. Heute führt die Frau allein den schweren und harten Kampf um ihre Existenz.

Das Kontobuch ist vollgeschrieben

„Die Leute in der Gegend haben alle kein Geld", klagt sie. „Sehn Sie mal hier", sie holt ein Kontobuch heraus, dessen Seiten mit ungelenker Schrift dicht beschrieben sind, „das Buch ist voll von Kunden, denen ich Kredit geben muß. Hier ist zum Beispiel die Frau M. Ihr Mann war früher Dreher und hat gut verdient. Da hat die Frau jeden Tag anderthalb Liter Milch geholt und ein Viertelpfund Butter. Heute holt sie ein Viertel- oder halbes Liter Milch und manchmal gar nichts. Und alle drei Tage kauft sie ein halbes Pfund Margarine. Der Mann ist schon ein Jahr arbeitslos. Ich habe ihr jetzt schon drei Wochen Kredit geben müssen."

Die Alte legt das Buch beiseite. „Ach, und es wird doch immer schlimmer. Jetzt wird die Margarine auch noch verteuert. Butter wird beigemischt. Meiner Ansicht nach geht das auch gar nicht. Butter und Margarine mischen sich doch nicht." Die Frau seufzt auf. „Viele werden sich noch nicht mal Margarine leisten können. Drei von zwanzig Kunden kaufen bei mir nur Butter. Die anderen wollen Margarine und meistens noch die billigste. Ich verstehe eins nicht, wieso die Butter nicht verbilligt wird, wenn soviel da ist. Aber wahrscheinlich werden dann die Großgrundbesitzer nicht soviel daran verdienen."

Wenn es nach den Nazis geht . . .

„Was ich gewählt habe?" Die Frau wird verlegen. „Ach, wissen Sie, ich geniere mich direkt, das zu erzählen. Ich habe bis jetzt immer Nazis gewählt, weil ich geglaubt habe, die werden den kleinen Leuten helfen." Die Stimme der Frau wird laut. Erregt ruft sie:

„Aber betrogen haben sie uns. Alles Schwindel, nichts als Schwindel. Haben Sie in der Zeitung gelesen? Die Nazis wollen, man soll den kleinen Leuten ihre Waren für die Steuern wegnehmen. Ist das nicht eine Gemeinheit? Ich bin 'ne ganze Masse Steuern schuldig. Wenn die mir dafür die Sachen aus dem Laden rausholen wollen, kann ich mich aufhängen. Das meiste gehört mir gar nicht."

Die Frau starrt vor sich hin. Sie ist 56 Jahre alt und sieht aus wie eine Siebzigerin. „Ich weiß nicht, was ich anfangen soll", sagt sie mit leiser, verzweifelter Stimme. „Die Hauszinssteuer hat man mir mit Mühe und Not erlassen, aber ich habe trotzdem schon zwei Monate keine Miete gezahlt. Wir verhungern ja alle, wenn es nicht bald anders wird."

Ein paar Querstraßen weiter, in der Greifswalder Straße, ist ein Kolonialwarengeschäft. Tür- und Fensterrahmen sind blau lackiert. Ein großes, glänzendes Schild mit der Aufschrift „Kolonialwaren, Eierhandlung" hängt über dem Laden. Das ganze Geschäft macht einen soliden, sauberen Eindruck.

Stundenlang ohne Käufer

Der Inhaber, ein großer, kräftiger Mann in einer weißen Leinenjacke, gibt mißtrauisch Auskunft. Doch langsam redet er sich ins Feuer.

„Mies ist gar kein Ausdruck für die augenblickliche Geschäftslage. Manchmal kann man stundenlang keinen Kunden sehen. Ich habe schon bald hundert Mark Steuerschulden. Sehn Sie mal, der Laden ist voller Ware, da könnte man meinen, das Geschäft geht gut. Aber den größten Teil der Ware habe ich noch nicht bezahlt. Was meinen Sie, wie mir die Lieferanten auf der Pelle sitzen!"

Auf die Frage, was er von den Nazis hält, bekommt der Mann ein rotes Gesicht! „Diese verfluchte Bande", ruft er, „kaputt machen wollen sie die kleinen Händler."

„Was ich bin, wollen Sie wissen", fährt er ruhiger fort. „Ich bin Sozialdemokrat. Nun fangen Sie aber nicht gleich an, gegen die SPD. zu hetzen. Ich weiß ganz genau, was meiner Partei fehlt. Es fehlt genug. Aber bei den Kommunisten geht's uns noch viel schlimmer. Dann werden wir Kaufleute alle enteignet und können verhungern."

Als ich ihn frage, was es denn bei ihm eigentlich zu enteignen gäbe und ob das bei ihm nicht schon längst von anderen besorgt ist, blickt er mich verdutzt an und antwortet schließlich: „Recht haben Sie ja".

„Die Kommunisten enteignen nicht den kleinen Mann. Die Kommunisten nehmen den Großen und sorgen dafür, daß die Kleinen Arbeit und Brot haben. Haben Sie etwas dagegen, daß die Millionäre, die das Volk ausplündern, enteignet werden?"

„Nein, nein, im Gegenteil", antwortete der kleine Kaufmann.

Und dann beginnt eine lange Diskussion mit ihm. Er ist hartnäckig und verbissen. Aber schließlich sagt er doch zum Abschied: „Ja, es ist alles nicht so einfach. In vielem haben Sie schon recht. Wir kleinen Kaufleute wissen viel zu wenig, was die Arbeiter wollen. Man müßte sich mal darum kümmern . . ."

J. R.

„Roland" und „Primus" vor dem Streik

Exmission in der Primus-Siedlung nicht durchgeführt — Vor einem Massenkampf der Neubaumieter — Neue Streikbeschlüsse am Hohenstaufenplatz — Meiershof-Mieter beschließen Kampf

In der Roland-Neubausiedlung in Reinickendorf-Ost, deren Direktion unerhört hohe Mieten fordert, wollte gestern der Gerichtsvollzieher die Exmittierung eines Mieters durchführen. Eine heftige Protestaktion der Roland-Mieter, die sich vormittags in großen Scharen bei dem von Obdachlosigkeit bedrohten Mieter ansammelten und eine Delegation zum Verwalter schickten, setzte durch, daß die Exmittierung auf den 16. Januar verschoben wurde.

Die Roland-Mieter in Reinickendorf haben übrigens, ebenso wie die Primus-Mieter am Schönholzer Weg, Kampfbeschlüsse für Herabsetzung der Mieten gefaßt. Sie fordern eine Senkung um 20 Prozent. Der Mieterrat, dessen Zusammensetzung auf überparteilicher Grundlage erfolgte, hat unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mieter beschlossen, daß am 1. Januar der Mieterstreik beginnt, falls die Forderungen nicht bewilligt werden.

★

Die Mieter rund um den Hohenstaufenplatz in Neukölln haben in der letzten Zeit ebenfalls häufig Stellung genommen zu den schwebenden Mieterfragen. Die Wohnungen und auch die Häuser befinden sich in einem miserablen Zustande. Die Mieten sind von werktätigen Mietern kaum noch zu erschwingen. Im Hause Schönleinstraße 8 wurde bereits vor einigen Tagen der Mieterstreik beschlossen.

Vor zwei Tagen fand eine neue Versammlung statt, zu der die Mieter aus verschiedenen Häusern geladen waren. Der Versammlungsraum erwies sich als zu klein, so daß eine Parallelversammlung stattfinden mußte. Neben den zentralen Forderungen der Groß-Berliner Mieter wurden konkrete Forderungen für die einzelnen Häuser aufgestellt. Die Mieter erklärten sich einstimmig dafür, der Mieterausschuß wurde erweitert und wird nunmehr diese Forderungen den Hauswirten unterbreiten. Falls die Forderungen abgelehnt werden, wird ab 1. Januar der Streik in vier Häusern durchgeführt werden.

★

In Meiershof, Ackerstraße 132, haben die Mieter in einer Mieterversammlung den sofortigen Mieterstreik beschlossen.

Jahrelang Steuerzahler, dann „lästiger Ausländer"

Erwerbslose von der Sonnenallee über praktische internationale Solidarität

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Wenn die „Rote Fahne" gestern früh zum Protest gegen die Drangsalierung der in Deutschland ansässigen ausländischen Proletarier aufrief, so hat sie damit wieder einmal uns Erwerbslosen aus dem Herzen gesprochen. Das beweist auch am besten folgendes praktische Beispiel, das sich am 29. Dezember hier in Neukölln zugetragen hat.

Zu den Erwerbslosen der Sonnenallee kam ein 50jähriger Prolet und jammerte, daß er keinerlei Unterstützung, weder von der Alu und Krise noch von der Wohlfahrt erhalte.

Warum? Der geplagte Prolet, L. M. aus Neukölln, ist italienischer Staatsangehöriger.

Seit 1890 wohnt er in Deutschland, 32 Invalidenkarten hat er als Bauprolet vollgeklebt. Er ist im Baugewerksbund organisiert. Sein Geld war also der deutschen Bourgeoisie gerade noch gut genug zum Abknöpfen. Aber jetzt, wo er erwerbslos ist, will man ihm keine Unterstützung geben. Dabei muß er noch für eine kranke Frau sorgen. Halt, wenn wir sagen: „keine Unterstützung", bleiben wir nicht bei der Wahrheit, denn L. M. erhält Unterstützung, und zwar vom Konsul des „Dritten Reiches".

Der italienische Konsul, der Vollstrecker des Willens Mussolinis in Deutschland, zahlt dem Bauproleten zusammen mit seiner kranken Frau wöchentlich 5 Mark Unterstützung aus. Nun wissen wir auch, wie hoch die Unterstützungssätze im „Dritten Reich" sind. Für ein Ehepaar 5 Mark die Woche, Miete eingerechnet. Als das der italienische Prolet den Erwerbslosen von der Sonnenallee erzählt hatte, packte sie eine helle Wut, sie wollten nicht mitschuldig sein an dem sicheren Hungertode ihres italienischen Kollegen. Sofort entsandten sie eine starke Delegation zum Wohlfahrtsamt Kaiser-Friedrich-Straße (natürlich, ohne dem italienischen Proleten etwas davon zu sagen, denn sonst würde dem die Ausweisung ins Dritte Reich drohen, was kein Prolet verantworten könnte). Die Delegation verlangte die sofortige Auszahlung der richtigen Unterstützung für den ausländischen Erwerbslosen, genau in der gleichen Höhe, wie sie ein deutsches erwerbsloses Ehepaar erhält. Die Delegation erklärte, nicht eher das Wohlfahrtsamt wieder verlassen zu wollen, bis der italienische Kollege seine Unterstützung erhält. Und das Wohlfahrtsamt mußte nachgeben. L. M. erhielt sofort und von jetzt an laufend wenigstens die Unterstützung, die seine deutschen Kollegen auch erhalten, wobei wir natürlich wissen, daß das wenig genug ist.

A. W.

Tippelbrüder bei der „Roten Fahne"

Unerhörte Zustände im „Jugend-Wanderheim" Charlottenburg

Sechs Tippelbrüder, sechs jugendliche Erwerbslose, aus allen Teilen Deutschlands stammend, besuchten gestern die Redaktion der „Roten Fahne". Sie kamen, um der „Roten Fahne" zu berichten von den schrecklichen Zuständen, die beim Jugendwanderheim in Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Straße, herrschen.

Die Jugendlichen, die auf der Suche nach Arbeit nach Berlin gekommen sind, dürfen in diesem Jugendwanderheim einen bis höchstens drei Tage verbringen. Dann müssen sie weiter mit hungrigem Magen in Kälte und Frost.

55 Jugendliche müssen in einem etwa 65 bis 70 Quadratmeter großen Raum schlafen. Das Essen ist meistens ungenießbar. Zum Frühstück gibt es Abwaschwasser und drei trockene Stullen, zu Mittag Wassersuppe, die in den Volksküchen zurückgeblieben ist, und am Abend den Rest vom Mittag. Die Empörung bei den Jugendlichen über diesen Fraß ist so groß, daß einer von ihnen vor einigen Tagen dem Leiter des Heims, Wurst, einen Essenkübel über den Kopf stülpte.

Die Jugendlichen haben geschlossen Forderungen aufgestellt auf reichlicheres und besseres Essen, auf Winterkleidung, und Wurst mußte ihnen einige Zusagen machen. Die bürgerliche Zeitung „Neue Zeit", bei der sie waren, hat ihnen den Rat gegeben, wieder in ihre Heimatstädte zurückzugehen. Die „Rote Fahne" hat den halbverhungerten Jungen erst einmal etwas Warmes zu essen gegeben und ihnen dann geraten, mit den Jungkommunisten zusammen gegen Hunger und Frost zu kämpfen.

Wie wird das Wetter?

Meist heiter, südliche Winde. Temperatur um Null. Nachts mäßiger Frost.

Tolle Schikanen der Krankenkassen

Kranke Erwerbslose werden wegen eines Stempels hin- und hergejagt

Die vorwiegend sozialdemokratischen Bonzen in der Ortskrankenkasse Berlin verüben seit längerer Zeit ganz unerträgliche Schikanen. Bekanntlich zahlen auch die in der Alu und Krise befindlichen Arbeitslosen keine Gebühren für die verordneten Arzneimittel. Aber die SPD.-Bonzen der Krankenkasse kürzen die Menge der Arzneien, die ein Arzt für einen Patienten verordnen darf, immer mehr, ja sobald Aerzte über die Norm hinausgehen, zieht die Kasse ihnen die Differenzsumme von den Gebühren ab. Die allergrößten Schwierigkeiten aber werden den Erkrankten selber bereitet, damit sie auf die verschriebenen Arzneimittel entweder verzichten oder gezwungen sind, sich dieselben von ihrer kärglichen Unterstützung selbst zu kaufen.

Ein Beispiel: Eine Kranke begibt sich vom Arzt mit dem weißen Zettel und Krankenschein, auf dem klipp und klar vermerkt ist, daß die Arzneimittelabgabe gebührenfrei ist, zum Apotheker. Der verweigert die Abgabe, da das Rezept keinen Stempel trägt. Die Patientin muß zurück zum Arzt. Der lehnt die Abstempelung des Scheines ab. Der Apotheker könne die Arznei auch ohne Stempel geben, andernfalls müsse die Frau zur Krankenkasse gehen.

Auf der Krankenkasse — es handelt sich um die Krankenkasse Charlottenburg — erklärt man der Frau: Der Arzt muß den Stempel geben! Der Arzt weigert sich. Die Patientin begibt sich zurück zur Krankenkasse und erst nach vielem Hin und Her erhält sie den Stempel.

Gleich beim nächsten Male erlebt sie die gleichen Schikanen: der Arzt gibt den Zettel, der Apotheker verweigert die gebührenfreie Herausgabe der Arznei und der Krankenkassenbeamte will den Stempel nicht geben. Ein Angehöriger der Erkrankten stellt den Beamten zur Rede: „Das letztemal wurde doch das Rezept gestempelt!" Kaltschnäuzig erklärt der Beamte, er wisse davon nichts. Als aber der Angehörige nicht locker läßt, schickt ihn der Beamte zur gegenüberliegenden Apotheke, dort bekomme er bestimmt die Arznei! Natürlich verweigert der Apotheker die Herausgabe und sagt: „Der Beamte wollte Sie nur los werden!"

So geht die Tortur weiter: Zurück zur Krankenkasse. „Ich bekomme keine Arzneimittel ohne Stempel."

Nach wie vor lehnt der Beamte die Abstempelung ab. Am nächsten Tage versucht es die Kranke selbst, die die Arznei unbedingt nötig hat. — Nach vieler Mühe erhält sie dann auch den Stempel.

So hetzen die sozialdemokratischen Bonzen, die sich dicke Gehälter aus den Krankenkassengeldern zahlen lassen, die Kranken und Elenden unzählige Male hin und her. Was fragen sie danach, daß die arbeitslosen Kranken das Recht haben auf die Gewährung von gebührenfreien Arzneimitteln.

Wie Polizei „Plünderer“ sucht

Ein beispielloser Skandal — 14jährigen denunziert — 6 Tage eingesperrt und die Arbeit genommen — Der Vater prangert die Polizeimethoden an

Der Vater des 14jährigen Günther Laude, den die Polizei sechs Tage als „Plünderer“ in das Untersuchungsgefängnis Moabit einsperrte, hat der „Roten Fahne“ folgenden Brief geschrieben:

„Am Donnerstag, dem 22. Dezember, mittags 2 Uhr, kamen drei Kriminalbeamte in meine Wohnung und forderten meine Frau auf, sofort die Sachen rauszusuchen, die ihre drei Kinder nach Hause geschleppt haben. Ich war in der Küche und kam gerade in die Stube, als meine Frau sagte: „Nanu, was für Sachen denn eigentlich? Meine Kinder haben nichts nach Hause gebracht.“

Ich fragte nun die Beamten, was eigentlich los sei, weshalb sie gekommen sind. Die Antwort war: „Aber Herr Laude, tun Sie doch nicht so, als wenn Sie nichts wüßten. Dann müssen wir alles absuchen“ — „Bitte schön.“ Sie suchten zuerst das Kleiderspind ab und fanden einen Pfefferkuchen. „Aha, da haben wir schon etwas.“ Meine Frau erwiderte, daß sie den Kuchen schon am Sonntag gebacken habe, damit er alt ist zu den Festtagen.“ Trotzdem wollte ihn der eine mitnehmen, bis der andere meinte: „Lassen wir ihn hier, man sieht ja, daß er selbst gebacken ist.“

Meine Tochter von 16 Jahren und mein Sohn von 17 Jahren waren auch in der Wohnung. Ein Beamter ging auf meinen Sohn zu, klopfte ihm auf die Schulter und sagte wörtlich zu ihm: „Na, mein Sohn Willi, nun gib doch die Kanone raus, sowie die Lebensmittel, Gänse, Oelsardinen usw.“ Der Junge zuckte mit den Achseln, er weiß von nichts.

Der Beamte war wie besessen, kam auf mich zu und machte die mich als Vater tief kränkende Aeußerung: „Nun hören Sie mal, Herr Laude, in unserer Gegenwart bellügt mich Ihr eigener Sohn.

Wir als Beamte dürfen es ja nicht, aber Sie als Vater müßten dem Jungen gleich eins ins Genick hauen.“

Ich habe das natürlich empört abgelehnt. Mit den Worten: „Mein Junge, wenn Du unschuldig bist, dann schenke ich Dir etwas zu Weihnachten“, wandte er sich noch einmal an meinen Sohn Willi.

Ich habe noch einen Sohn von 14 Jahren, namens Günter. Wo der steckt, wurde gefragt. Meine Frau gab zur Antwort: Der hat heute auf dem Nachweis Arbeit erhalten und muß um 2 Uhr seine Arbeit aufnehmen. Und abermals, wie besessen, tobt der Mann los: „Was, Sie wollen uns erzählen, er ist arbeiten gegangen. Der arbeitet nicht, der hat sich schon aus dem Staube gemacht. Schwindeln Sie nicht. Wo arbeitet er denn?“

Ich habe einfach geantwortet, er arbeitet in einer Druckerei in der Zimmerstraße, welche Nummer, weiß ich selber noch nicht.

„Nach zwei Stunden haben sie den Jungen von 14 Jahren aus der Arbeit rausgeholt, nach dem Alex gebracht und von dort nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit.“

Der Vierzehnjährige soll ein Lebensmittelgeschäft geplündert haben. Jeden Tag wurde er im Gefängnis verhört. Inzwischen rannte sein Vater zur Polizei, vom Jugendgefängnis, nach Moabit. Er erreichte nichts weiter, als eine Sprecherlaubnis. Günter versicherte dabei seinem Vater, er hat nichts getan, nichts. Endlich am 28. Dezember wurde der Junge entlassen. Zu Hause fand er einen Brief von der Arbeitsstelle. Entlassen. Am 22. hatte er die Arbeit erst bekommen. Er hat also nur einen halben Tag Beschäftigung gehabt. 6 Tage im Gefängnis gequält und die langersehnte Beschäftigung losgeworden.

Das ist ein Skandal, der beispiellos dasteht und einen tiefen Einblick in die Methoden der Polizei gewährt.

Zweifellos ist Günter das Opfer irgendeines Denunzianten geworden, der sich die 300 Mark Belohnung verdienen wollte. Es braucht also irgendwer mit dem Finger zu zeigen und schon sitzt man im Gefängnis.

Die anderen Jugendlichen, die jetzt noch in Moabit als „Plünderer“ festgehalten werden, sind ebenso unschuldig wie Günter Laude. Auch sie sind nur Opfer von gemeinen Denunzianten. Wir fordern ihre sofortige Freilassung.

Den Massen der Jungerwerbslosen und jungen Arbeitern aber rufen wir zu: Schließt euch fest zusammen in der Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Frost. Euer Platz ist an der Seite der um Arbeit und Brot kämpfenden jungen Kommunisten!

Wohlfahrtsamt — Prügelamt

Skandal auf der Wohlfahrt Koloniestraße — Schwerkranker Erwerbsloser vom Expedienten blutig geprügelt — Die Finger im Türspalte zerquetscht — Hinausgeworfen

„Am Freitag, mittags gegen 11.30 Uhr, auf dem Wohlfahrtsamt Koloniestraße, Abteilung 4: Ein Schwerkranker kommt mit einem verschlossenen Brief, den er dem Aufrufer abgibt. Er wird auch sofort vorgelassen. In diesem Brief stand, wie sich später herausstellte, daß er, der Erwerbslose Max Schornio, in ein Krankenhaus muß. Sch. ist verheiratet und hat ein Kind; von seiner wöchentlich 12,90 Mark betragenden Unterstützung bezahlt er 15 Mark für Miete. Schornio suchte nun nochmals das Wohlfahrtsamt auf, weil er vor seiner Aufnahme ins Krankenhaus noch eine Sonderunterstützung beantragen wollte. Jeder sah dem Erwerbslosen ohne weiteres schon äußerlich an, daß er in einer ganz besonderen Notlage sein mußte.

In der Expedition 29 war er zuständig. Der zuständige Expedient lehnte ihm unter ganz ironischen Bemerkungen die Gewährung einer Sonderunterstützung ab. Der Verzweifelte protestierte, schon war der Zusammenstoß mit dem schnoddrigen Expedienten da. Die übrigen im Zimmer anwesenden Beamten nahmen ebenfalls sofort Stellung gegen den Verzweifelten und versuchten, ihn aus dem Zimmer zu werfen. Er wurde geschlagen und hinausgeworfen.

In seiner rettungslosen Lage wollte Schornio wieder hinein und hielt sich am Türpfosten fest. Da hat der Expedient, um ihn zum Loslassen zu bewegen, die Tür mehrmals hart zugeschlagen, obwohl Schornio seine Finger dazwischen hatte, so daß er ernstliche Verletzungen an den Händen davontrug.

Inzwischen kam die Polizei. Ein Schupo packte den Erwerbslosen bei seinen Lumpen (Sachen konnte man seine Kluft schon nicht mehr gut nennen) und schleuderte ihn auf den Flur.

Ungeheuer groß war die Erregung der zuschauenden Erwerbslosen. Ein Erwerbsloser machte sich Notizen. Man versuchte, sie ihm zu entreißen. Er warf den Zettel fort, ein anderer Erwerbsloser schnappte ihn und rannte damit weg. Unten auf der Straße gab er den Zettel dann zurück und auf Grund der Notizen rief der Erwerbslose die „Rote Fahne“ an, um diese Zeilen mitzuteilen.

Inzwischen war Schornio auf dem Flur zusammengebrochen. Zwei Expedienten und der Schupo packten ihn und schleppten ihn erst mal in ein Zimmer der Abteilung A. Als er dann nach längerer Zeit wieder zu sich kam, wurde er zur Polizeiwache gebracht.“

*

„Ein ähnlicher Fall mit demselben Schupo spielte sich vor kurzem in der Expedition 25 ab. Dort erschien ein Erwerbsloser mit Frau und Kind wegen Sonderunterstützung, die ihm abgelehnt wurde. Als er erregt wurde, drohte man ihm mit Prügel. Es erschien derselbe Schupo wie bei Schornio und warf die Familie raus. Vorher hatte der Erwerbslose noch versucht, das Kind auf dem Wohlfahrtsamt zu lassen. Da hatten es die Beamten natürlich mit einemmal sehr eilig, der Frau das Kind wieder auf den Arm zu geben.“

Das grüne Naziauto in der Matternstraße

Der Schlupfwinkel der braunen Banditen — Wieder Ueberfälle

Zu dem von der „Roten Fahne“ bereits berichteten nationalsozialistischen Feuerüberfall auf das Arbeiterlokal Simon, Matternstraße, haben wir inzwischen noch mehr Augenzeugenberichte erhalten, die unsere Angaben vollauf bestätigen. Ergänzend wird uns mitgeteilt, daß bei diesem Ueberfall ein dunkelgrünes Auto beteiligt war.

Unter den prügelnden und schießenden Nazis wurden von Arbeitern folgende erkannt: Arthur Lange, Frankfurter Allee, Arthur Zielke, Langenbeckstraße, Paul Dix, Zorndorfer Straße 29, Piepel Röhr, Wilhelm-Stolze-Straße und Erich Lange, genannt Kellner-Erich.

Das SA.-Lokal Müller, Ebertystraße 19, ist ein regelrechter Schlupfwinkel der nationalsozialistischen Mordkolonne, die schon seit Monaten die Bevölkerung terrorisiert. Im Lokal Matternstraße 12 wurden schon häufig die Scheiben eingeschlagen. Auch das Lokal Schlie, Weidenweg 68, beschossen die SA.-Banditen schon öfter, ebenso das Lokal Stark, Ebertystraße 24. Als die Polizei darauf aufmerksam gemacht wurde, erklärten einzelne Polizisten das alles für „Dumme-Jungen-Streiche“.

Am Freitag gegen 2,30 Uhr früh überfielen Nationalsozialisten in Lichterfelde-Ost den Arbeiter Erich Dother, der mit erheblichen Verletzungen in das Vicenz-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Auf dem Wege zur Masch wurde gestern ein sich aus Hörern der Masch gebildeter Musikkreis von einem etwa 30 Mann starken Trupp der Nazis in der Schickler- Ecke Dircksenstraße überfallen. Die Instrumente im Werte von 500 Mark wurden vollkommen zertrümmert. Einige Hörer trugen leichte Verletzungen davon.

62 Mark gesammelt

Erfolgreiche Sammlung für unseren Pressefonds

Der Genosse Sch. von der Zelle 163 stand an vier Tagen in der Zeit von 1 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags mit einer Sammelbüchse für unseren Pressefonds vor dem KdW. am Wittenbergplatz. Genosse Sch. hat 62 Mark abgerechnet.

An einen roten Sammler in der Potsdamer Straße trat ein Nazi in voller Uniform heran und steckte mit den Worten: „Die Uniform muß ich noch tragen, ich habe nichts anderes. Aber sonst habe ich Schluß gemacht. Die letzten Ereignisse haben mir die Augen geöffnet“, 20 Pfennig in die rote Sammelbüchse.

Hochbetrieb in den Amtsgerichten

In den letzten Tagen herrschte auf fast allen Amtsgerichten Berlins Hochbetrieb. Am 31. Dezember ist für das laufende Kirchenjahr letzter Termin zum Kirchenaustritt. Tausende sind in der letzten Woche aus der Kirche ausgetreten. Im Amtsgericht Neue Friedrichstraße standen gestern die Werktätigen zu Hunderten. Viele konnten nicht mehr abgefertigt werden und mußten umkehren. Die langen Reihen kamen einer wuchtigen Demonstration gleich.

Wahlvorschlagslisten abliefern!

Bisher noch nicht abgelieferte Wahlvorschlagslisten des Konsums müssen heute, Sonnabend, vormittag 11 Uhr beim Genossen Kurz, im Lokal Utke, Lichtenberg, Möllendorfstraße 77, eingereicht werden. Nachdem erst fertiggestellte Listen können bis Sonntag, den 1. Januar 1933, mittags 2 Uhr, beim Sekretär der KGB. Groppler in dessen Wohnung Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 22, noch abgeliefert werden.

Notgroschen der Konsummitglieder gefährdet

Am 15. Januar wird nur die Liste Genossenschafts-Opposition gewählt!

In der Zentrale der Berliner Konsumgenossenschaft in Lichtenberg spielen sich seit Wochen täglich erbitterte Kämpfe um die Rückzahlung der Spargelder ab. Infolge der unverantwortlichen und sinnlosen Kapitalinvestierung der sozialdemokratischen Verwaltung ist die Illiquidität derart, daß jahrelang erwerbslose Mitglieder von ihrem Sparguthaben nicht einmal soviel bekommen können, um ihre allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken.

Hunderttausend Sparer, die 25 Millionen Spargelder dem sozialdemokratischen Vorstand der KGB. zu treuen Händen in Verwaltung gegeben haben, bangen heute mit vollem Recht um die in vielen Fällen direkt vom Munde abgesparten Notgroschen. In Lichtenberg beschäftigt man einige Ueberredungskünstler, die die Aufgabe haben, die Sparer mit schön gedrehten Phrasen nach Hause zu schicken.

Nach der Bilanz des Konsums vom 30. 6. 32 stehen laufenden Verpflichtungen in Höhe von 33 Millionen nur angelegte und flüssige Mittel in Höhe von 2,7 Millionen gegenüber, von denen aber noch mehr als 2,5 Millionen langfristig angelegt sind. An eine Rückzahlung der Spargelder ist nicht zu denken, weil diese in Grundstücken und Gebäuden festliegen.

Inzwischen hat der Vorstand der Genossenschaft etwa 10 Millionen Kredite der „Volksfürsorge“ und der Preußenkasse hereingenommen und als Sicherheit hierfür die besten Objekte der Genossenschaft hypothekarisch belastet.

Die sozialdemokratische Leitung im Konsum, die für die Kredite der Volksfürsorge und der Preußenkasse mehrfache Sicherheitsleistung durch die Belastung von genossenschaftlichen Grundstücken gegeben hat, denkt nicht daran, die Spargelder ihrer Mitglieder zu sichern. Die Sicherheit der Spargelder, die von der Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft abhängt, ist bei der Lage der Genossenschaft äußerst fragwürdig. Die reformistische Verwaltung steuert darauf los, außer der Heranziehung der Geschäftsanteile der Mitglieder zur Verlustdeckung die Spargelder auf Jahre hinaus festzulegen, wie dies beim Beamtenwirtschaftsverein geschehen ist. Bei Fortsetzung der reformistischen Politik in der Genossenschaft sind aber sogar weitergehende Folgen durchaus möglich.

Die Illiquidität der Genossenschaft wird von der reformistischen Verwaltung durch die Hereinnahme weiterer Kredite zu beheben versucht. Da diese nur gegen gute Sicherheit zu bekommen sind, werden die als Sicherheit für die Spargelder vorhandenen Werte immer geringer. Bei Fortsetzung dieser reformistischen Politik ist in absehbarer Zeit das mit den Geschäftsanteilen und den Spargeldern der Mitglieder geschaffene Vermögen an die kapitalistischen Finanzinstitute verschachert.

Im Interesse der Mitglieder und der Sparer fordert die Opposition eine Sicherung der Spargelder, die heute noch möglich ist, und die gleichzeitig eine Erhaltung der genossenschaftlichen Organisation für den Fall gewährleisten würde, wenn der Konkurs der Genossenschaft nicht mehr abzuwenden wäre.

Die Sicherung der Spargelder müßte in der Form erfolgen, daß für Treuhänder der Sparer erste Hypotheken auf alle noch unbelastete Grundstücke eingetragen und alle Anlagen und Einrichtungen diesen übereignet werden.

Wenn sich die Sparer vor Schaden sichern wollen, dann müssen sie jetzt den Kampf für die Sicherung ihrer Spargelder aufnehmen.

In allen Abgabestellen sollten die Sparer Versammlungen durchführen, in denen sie sich über ein gemeinsames Vorgehen zur Sicherung ihrer Spargelder verständigen und die Vorbereitungen zur Gründung einer Sparergemeinschaft treffen.

Die revolutionäre Genossenschaftsopposition wird die Sparer nicht nur hierbei unterstützen, sie wird alles daran setzen, die sozialdemokratische Mehrheit in der neuen Generalversammlung zu brechen, um so die Voraussetzungen für die Sicherheit der Spargelder und für die Erhaltung der genossenschaftlichen Organisation zu schaffen. Mehr als die Hälfte der Genossenschaftsmitglieder sind Sparer der Genossenschaft und sie haben auf die Zusammensetzung der neuen Generalversammlung einen starken Einfluß. Wollen sie sich vor Verlusten schützen, dann müssen sie am 15. Januar der Genossenschaftsopposition ihre Stimme geben.

Der Arbeiter-Reporter

Ruhe und — Arbeitsdienst

In Friedrichshagen wurde den Wohlfahrtsempfängern, die bei den Eltern miteinwohnen, die Unterstützung auf 3,30 Mark pro Woche gekürzt. Es kam zu heftigem Protest der Erwerbslosen; der Vorsteher holte sofort die Polizei, um die Erregung zu „dämpfen“. Nur eine Delegation von drei Mann wurde vorgelassen, aber verhandelt wurde mit ihr nicht. Telephonisch erklärte der Köpenicker Hauptdezernent Röhl, in Köpenick bestehe die Kürzung schon seit Wochen. Einem Erwerbslosen wurde von einem städtischen Beamten erklärt: „Sie sollten keinen Krawall machen und sich lieber zum Arbeitsdienst melden!“

Seit 18 Jahren Miete gezahlt und dann . . .

Wir Mieter in der Jungstraße 18 in Lichtenberg haben einen „sauberen“ Hauswirt und eine noch „feinere“ Hausverwaltung. Am 29. Dezember bekam ich die Aufforderung zugleich mit der Drohung, innerhalb von drei Tagen für Monat Januar die Miete von 26,95 Mark zu zahlen. . . . Seit 1914 wohnt meine Frau in diesem Hause. Immer haben wir etwa bis zum 7. jeden Monats unsere Miete bezahlt. Und jetzt dafür diese Frechheit und Bedrohung! Und welche „Gegenleistung“ haben wir vom Hauswirt für pünktliche Mietezahlung? Schlecht ausgeführte Reparaturen: seit etwa 30 Jahren, solange das Haus steht, ist zu a Beispiel der Treppenflur noch nie gemacht worden. . . .

Die Mutter, deren Nazi-Sohn ermordet wurde, ruft:

„Schützt eure Kinder vor den Nazis!“

Erschütternde Todesanzeige

Dresden, 30. Dezember. In der Dresdener Presse hat heute die Mutter des von der Hakenkreuzfeme ermordeten SA.-Truppführer Hentsch folgende Todesanzeige veröffentlicht:

„Herbert Moritz Julius Hentsch, geboren am 25. April 1906 zu Dresden, durch Mörderhand gestorben Anfang November 1932. Nachdem ich sieben Wochen große seelische Qualen der Ungewißheit über den Verlust meines lieben und einzigen Sohnes Herbert gehabt habe, erreicht mich die erschütternde Nachricht von dem bestialischen Mord.

Ein nicht auszudenkender grauenhafter Mord ist an meinem innigst geliebten Sohn verübt worden. Mit kalter, roher Hand erschlagen, die Brust durchschossen, die Beine gebunden, der Körper in Säcke gehüllt, mit Steinen beschwert und dann von einer hohen Brücke in die Talsperre geworfen. So lag mein armer Sohn bald zwei Monate in den kalten Fluten! Ein grauenvollerer Tod, ein bestialischerer Mord läßt sich wohl kaum noch erdenken.

Und wer sind diese elenden Mörder? In den Reihen seiner eigenen Kameraden, seiner Parteigenossen werden sie gesucht! Welch eine Roheit! Und welch eine gesunkene Menschheit hatte meinen Sohn in seiner jahrelangen Parteitätigkeit in der NSDAP. umgeben!...

Ich bedauere unendlich, daß ich mein geliebtes Kind nicht gewarnt habe, in diesen Kreisen zu verkehren. Allen Müttern möchte ich in meinem unaussprechlichen Schmerz zurufen: „Schützt eure Kinder vor derartigen Elementen!“

In großem Herzeleid
Frau Klara Bochmann, verwitwet gewesene Hentsch.“

Herbert Hentsch mußte erst von der Hand seiner eigenen Kameraden fallen, ehe seine Mutter begriff, daß in der Nationalsozialistischen Partei sein gleichbedeutend ist mit der Auslieferung an eine Bande gewissenloser Kapitalsknechte, die vor dem Mord der eigenen Kameraden nicht zurückschrecken. Man wird überall die Klage und Anklage der unglücklichen Frau hören...

Nazi-Bennecke wird noch immer nicht verhaftet

Inzwischen wird die Verlegenheit der nationalsozialistischen Presse immer größer. Das Dresdener Hitlerblatt „Freiheitskampf“ meint heute, die „Tat einiger junger Leute“ könne der Hitlerbewegung nicht an die Rockschöße gehängt werden. Dieses vorsichtige Eingeständnis des Kameradenmordes ist um so bedeutsamer, als die ganze nationalsozialistische Presse im Reich sich bisher noch aufs Leugnen verlegte.

Uebrigens ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Femeführer Bennecke, zu dem der flüchtige Mörder Schenk in besonderem Vertrauensverhältnis stand, aus Dresden verschwunden. Er hält sich im Riesengebirge auf. Während die Justiz des Herrn Oberreichsanwalts Werner nicht zögerte, das Mitglied des kommunistischen Zentralkomitees, Genossen Schehr, ohne den Schatten eines Beweises gegen ihn, zu verhaften, ist von einer Verhaftung des Nazis Bennecke nichts zu hören, obwohl er der Mordanstiftung so gut wie überführt ist.

Sowjetunion auf dem Weg nach vorwärts

Ein Geständnis des Klassenfeindes

Alle bürgerlichen Zeitungen — voran die SPD.- und Nazipresse — wimmeln in den letzten Wochen von „Berichten“ über die angeblich greulichen Zustände in der Sowjetunion. Alle diese Berichte sind in den Redaktionsstuben der deutschen Sudelpresse entstanden und passen auf die Wirklichkeit des sowjetrussischen Lebens wie die Faust aufs Auge. Wie es in der Sowjetunion vorwärts geht, wie grandios die Erfolge des sozialistischen Aufbaus sind, das müssen selbst die Klassenfeinde des Proletariats zugeben, wenn sie sich durch den Augenschein von dem gewaltigen Aufbau des Sozialismus überzeugen können.

Einen solchen Augenzeugenbericht veröffentlicht am 30. Dezember die „Tägliche Rundschau“. Wenn der Verfasser dieses Berichtes natürlich auch nicht über seinen kapitalistischen Horizont hinaussehen kann, wenn er deswegen auch die grundlegenden Probleme des sozialistischen Aufbaus entstellt und falsch darstellt, so sind seine Aeußerungen über die Erfolge dieses Aufbaus um so wertvoller, als sie von einem Klassenfeind gezwungenermaßen zugegeben werden müssen. Der Berichterstatter schreibt:

„Fast über Nacht entstehen in der Einöde, in der Steppe, neben armseligen Bauernhütten wundervolle Industriebauten... Das fleischgewordene bolschewistische Evangelium, die Erfüllung kühner Pläne und Träume. Wunderbare staunenswerte Leistungen!... Das Vollkommenste, was die kapitalistische Technik Europas und Amerikas nach jahrzehntelangen Bemühungen hervorbringen konnte, die kompliziertesten Maschinen und die besten Spezialisten, werden Hals über Kopf nach Rußland verpflanzt. Kann man sich wundern, wenn komplizierte Apparate unter den harten Bauernfäusten der russischen Arbeiter nicht richtig leben und ihre Funktionen erfüllen können?... Trotz aller taktischen Unzulänglichkeiten: vom ökonomischen Standpunkt sind Industrialisierung und Technisierung für die Sowjetunion der einzige Weg nach vorwärts. Und ebenso vom geistigen: Nur über die Industrialisierung kann der Bolschewismus zum Kollektivmenschen gelangen.“

Diese Sätze zeigen, wie die Wirklichkeit des sozialistischen Aufbaus selbst den feindlichen Beobachter in seinen Bann zwingt. Der Artikelschreiber sieht übrigens eine der Schwierigkeiten dieses Aufbaus völlig richtig in der ungenügenden technischen Schulung der sowjetrussischen Arbeitermassen, die in den letzten Jahren neu in den Produktionsprozeß eingereiht wurden. In dem Artikel wird aber zugleich darauf hingewiesen, mit welchem Eifer und welcher heroischen Anstrengung das russische Proletariat diese Schwierigkeit überwindet; es heißt dazu:

„Die neue Glaubensparole (vom sozialistischen Aufbau) hat vor allem die Jugend erfaßt, die vor Lerneifer bebt, diese technischen Wunderdinge zu erfassen und zu beherrschen. Die Möglichkeiten zur Ausbildung reichen jedoch bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu befriedigen.“

Mit diesen wenigen Sätzen werden ganze Zeitungsballen antibolschewistischer Hetzartikel in der SPD.- und Nazipresse erschlagen.

Auch eine Bemerkung gegen die spezielle Hetze der Zentrumszeitungen über die angebliche Unterdrückung der „Gläubigen“ findet sich in dem Artikel der „Täglichen Rundschau“. Es heißt da:

„Wenn heute in der Sowjetunion jede Unterdrückung der Religion eingestellt würde, so würde trotzdem die Hälfte der Kirchen überflüssig sein und leer stehen.“

Die Generation, die den Sozialismus aufbaut, braucht keinen Glauben an übernatürliche Kräfte mehr. Darum ist auch das Gerede von der „Unterdrückung der Religion“ ein Schwindel, weil man etwas, was nicht vorhanden ist, ja auch nicht zu unterdrücken braucht.

Alles in allem zeigt der Artikel der „Täglichen Rundschau“, daß derjenige, der den sozialistischen Aufbau mit eigenen Augen sieht, den grandiosen Fortschritt — ob er will oder nicht — zugeben muß. Danach kann man jetzt die infamen Lügenberichte der sozialfaschistischen und hakenkreuzlerischen Sudelpresse beurteilen.

14 Milliarden vom Lohn geraubt

Unter Hermann Müller begann der Lohn- und Unterstützungsabbau

Rudolf Wissell, dessen Schiedssprüche Millionen Arbeitern den Lohn geraubt haben, versucht in der Chemnitzer „Volksstimme“ die furchtbare Massenbelastung durch die Papen- und Schleicher-Regierung nachzuweisen. Herr Wissell rechnet aus, daß im Jahre 1932 das Lohneinkommen der Arbeiterklasse um mindestens 12 bis 14 Milliarden Mark gesenkt wurde.

Dabei macht Herr Wissell das wichtige Eingeständnis, daß der Lohn- und Unterstützungsraub bereits unter Hermann Müller, dem so viel gerühmten SPD.-Kanzler, begann. Wissell schreibt:

„Anfang des Jahres 1930 waren Eingriffe (in Lohn- und Unterstützungen) erfolgt.... Das Regieren mit dem Artikel 48 stammt freilich nicht von Herrn von Papen.“

Da hat er recht. Da brauchte Papen nur in die Fußtapfen von Müller, Brüning und Severing zu treten.

Markthändler speisen 50 Kinder

Ein Beispiel praktischer Solidarität lieferte der Verband der Markthändler im Bezirk Neukölln, indem er am 27. Dezember 50 Kinder von Erwerbslosen mit warmen Sachen und bunten Tellern bescherte und mit Kaffee und Kuchen bewirtete. Die 50 Kinder waren ihm vom Erwerbslosenausschuß überwiesen worden.

Man muß anerkennen, daß die Markthändler, die selber schwer unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben, sehr wohl wissen, daß die mangelnde Kaufkraft der Arbeiterschaft auch ihre schwierige Lage bewirkt, und sie versuchten hier wenigstens bei einem Teil der Kinder die Not zu lindern.

Bei der Feier sprach der Vorsitzende des Verbandes der Markthändler, der Stadtverordnete Genosse Wille, und von der Marktdeputation eine kommunistische Bezirksverordnete und ein sozialdemokratischer Bezirksverordneter, außerdem ein Vertreter des Erwerbslosenausschusses.

THEATER und KINO

Staatsoper Unter den Linden. 19 bis 21½ Uhr. **Eine Nacht in Venedig**

Schauspielhaus Am Gendarmenmarkt. 19 – 22 Uhr. **100 00 Thaler**

VOLKSBÜHNE Theater am Bülowplatz. D 1 Norden 6536. Abends 7 Uhr: **Oliver Cromwells Sendung**. 11 Uhr: **Silvester-Konzert**

Casinotheater 8¼ Lothringer Straße 37. Nur noch wenige Aufführungen. **Alles um Lotti**. Posse mit Gesang und Tanz. Gutschein 1—4 Personen Parkett nur 0,50, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25. Sonntag 4 Uhr: **Alles um Lotti**

Zöllners Speisehaus Schönhauser Allee 57, Greifswalder Straße 43a

PLAZA 5 u. 8¼, Stgs 4,5,8¼. Tel. E7 Weichs. 4051. Heute letzter Tag. Nähe Schles. Bhf. **Der letzte Walzer**

B. B. B. Bendows Bunte Bühne. Kottbusser Str. 6. Tel. F 8 Oberb. 350. Täglich 8.15. Sonntag 5 und 8.15. **Von A–Z**. Revue in 25 Bildern. Preise von 50 Pf. an

Flatow Liköre ½ Fl. Weinbr.-V. 38% 2.40, Weinbr. ff. ab 2.85, Rum-V. (Tee) 40% 2.7, Edel-Liköre 40% 3.10, Edel-Liköre 30% 2.20, Tarragona, Malaga, Pepsin-, Wermuthweine, Weißw. gleichfalls sehr gut u. billig. Preise ohne Flasche. Nur Kaiserstr. 88. Alexander-Pl. 8. Haus von Alexanderstraße

Meinen hochverehrten Kunden und Bekannten wünsche ich ein gesundes neues Jahr! Butter-Schmidt, Staaken, Spandauer Straße 8a. Auf Wurst, Tabak und Kolonialwaren zahle 5 Prozent Verdienstanteil in bar zurück. Lieferung frei Haus.

Fleisch- und Wurstwaren in feinst. Qualität. Alfred Zoepke, Fleischwaren, Prinzenstraße 100

Möbel — **Sofas** 55, Auflegematratzen 20, Sofaumbaue 15, Polstersessel 17.50, Kabinettsofas 9.50, Ausziehtische 12.50, Rohrstühle 3.75, Auflegematratzen 5. Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbelliner Str. 2021.

Bekleidung — **Trikotagen**, Strümpfe, Sommerhemden. Markuß, Schererstraße 12.

Herrenkleidung — **Anzüge**, Mäntel, Hosen, Joppen, konkurrenzlos billig. Salamonowitsch, Wedding, Rennstraße 13.

Besohlanstalten — **Schuhmacher** Kleineber, SW 29, Nostitzstraße 11. **Schuhmacherei** prima Kernlederarbeit. Abo-Wohlfahrt. A. Marschalleck, Liegnitzer Straße 18. **Genossen!** Eure Schuhmacher ist Nowak, SW 29, Arndtstraße 21. **Besohlanstalt** Arendswert. Chiffre 2021.

Lederwaren — **Lederwaren** Brieger, Danziger Straße 17.

Schuhwaren — **Schuhhaus Gerber** Wrangelstraße 89, Ecke Oppelner Str. führt auch Herrenartikel

Farben — **Farbenhaus** Gebies, Schöneberg, Belziger Str. 62. Streichfertige Farben.

Seifen — **Seifen** Parfümerien. Chiffre 3526. **Seifen** Toilettenartikel. Helene Berner, SW 29, Willibald-Alexis-Straße 16. **Seifen** Haushaltungsartikel etc. E. Heinsius, Nostitzstraße 45.

Für Raucher — **Zigarrengeschäft** H. Rösnig, Neuterstraße 85. **Genossen!** Eure Zigarren, Zigaretten kauft Ihr bei Ruschenkendorf, Schenkendorfstr. 7. **Zigarren** Zigaretten, Tabak. Hermann Urban, SW 29, Mittenwalder Straße 12.

Brennmaterialien — **Brennmaterial** Wachs, Schönhauser Allee 53. **Brennmaterial** Ulrich, Reinickendorfer Straße 31. **Kohlenhandlung** Arbeiter kauft nur Brennmaterial bei Schumann, Neukölln, Glasowstr. Sr.

Werkzeuge — **Eisenwaren** Kaltort, Stargarder Straße 69-70

Fahrräder — **Opelballonräder** Dürkoppballon-, Diamantballon-, Wandererballon-, Wittlerballon-, Kinderräder; Monatszahlung 10,—. Spezialballon 32,-, 45,-. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Lebensmittel — **Milch** Kolonialwaren, Butter. Dunckerstraße 77. **Lebensmittel** Billigste Preise. Augsten, Fransecktystraße 50. **Kolonialwaren** billigste Preise. Ackermann, Heusselstraße 26. **Lebensmittel** billigste Preise. Chiffre 2008. **Fleischerei** Wurstwaren. Warsdorf, Schliemannstraße 14.

Montag den 2. Januar beginnt der GROSSE Inventur-Verkauf in unserem WARENHAUS AM ORANIENPLATZ
Mitglieder! Wer jetzt kauft – kauft vorteilhaft!

Kolonialwaren Delikatessen, Weine, billigste Preise. Kamradt, Danziger Str. 16.
Weine Bier, Spirituosen. Dobrmann, Hochmeisterstraße 19.
Bäckerei Schranz, Schliemannstraße 30.
Bäckerei Konditorei, Hochmeisterstraße 26.
Spirituosen Weine, auch loser Verkauf. Max Dummer, Oppelner Straße 11.
Gemüse Obst. Sommer, Flughafenstr. 21.
Fleischerei Wurstwaren. Dittrich, Hagenauer Straße 14.
Fleischerei Billigste Preise. Gerber, Pappelallee 19.

Roßschlächterei billigste Preise. Charles, Pappelallee 23.
Gemüse Obst aller Art empfiehlt allen Haushaltungen Fitzner, Liegnitzer Straße 37.
Obst Kolonialwaren. Röhn, Schliemannstraße 14.
Kolonialwaren billigste Preise. Laube, Dunckerstr. 83.
Fleischerei Wurstwaren. Riebel, Lychener Straße 129.
Fleischerei Wurstwaren. Kluge, Dunckerstraße 80.
Kolonialwaren billigste Preise. Rostocker Str. 34.
Grünkram Obst. Grimm, Pappelallee 14.

ff. Fleisch- und Wurstwaren bei Krimmer, Halle Badstr. 12, Stand 1—7.
Kolonialwaren Delikatessen, billigste Preise. Günther, Pappelallee 57.
Fleischerei Wurstwaren, billigste Preise. Catholy, Pappelallee 54.
Fleischerei Wurstwaren. Hochmeisterstraße 19.
Milch Kolonialwaren. Chiffre 3944.
Frische Milch Landbrot. Hermann Tischtsche, SW 29, Arndtstraße 17.
Fleischerei Wurstwaren, billigste Preise. Hoeffer, Dunckerstraße 24.

Gemüse Obst, Kartoffeln, Kolonialwaren. Schulz, SW 29, Nostitzstraße 9.
Eier prima Qualität. Kolonialwaren nur bei Josef Steinfeld, Arndtstraße 14.
Eier bei Jacobowitz u. Co., SW 29, Bergmannstr. 16.
Eier Kolonialwaren. Schiller, Nostitzstraße 50.
Fleischerei Wurstwaren, Feldhan, Fransecktystr. 47.
Fleischerei Neumann, Rameierstraße 15.
Fleischerei Wurstwaren, beste Qualitäten. Chiffre 3541.

Die guten und billigen **Schokoladen, Pralinen** in Geschenkpackungen kauft man Hankestraße 10 (am Schönhauser Tor)

Achtung! Achtung! Jagt Hunde und Katzen, die ihr nicht mehr halten könnt, nicht auf die Straße. Gebt sie unter keinen Umständen einen unbekannten Menschen. Bringt sie nur in den Tierhort, Berlin C, Schicklerstr. 4.

Kauft **Damen-Konfektion** bei Manfel-Lockan. Weißensee, Berliner Allee 51

Otto Heiland Milchgeschäft. Bohnsdorf, Dorfplatz 12

Feuilleton der Rote Fahne

Nummer 229 / Beilage
Sonnabend, 31. Dez. 1932

„Junge Volksbühne" erklärt sich bereit „Gott, Kaiser und Bauer" aufzuführen

Die Theaterdirektion des „Deutschen Theaters" hat vor einer Handvoll nationalistischen Mobs, der im Auftrage klerikaler und „nationaler" Kreise die Aufführung des Stückes „Gott, Kaiser und Bauer" von Hay durch Störung zu verhindern versuchte, glatt kapituliert. Die „Junge Volksbühne" als Vorkämpferin gegen kulturreaktionäre Vorstöße auf dem Theatergebiet hat in selbstverständlicher revolutionärer Pflicht sich sofort bereit erklärt, das Stück von Julius Hay zu übernehmen. Der Autor ist von diesem Anerbieten verständigt worden.

Das rote Berlin, in dem die Kommunistische Partei mit 860 000 Wählern weitaus die stärkste Partei ist, würde durch seine machtvolle Unterstützung für die Aufführungen der „Jungen Volksbühne" dafür Sorge tragen, daß das Stück „Gott, Kaiser und Bauer" ohne die geringsten Störungen aufgeführt werden kann.

Es ist mehr als bezeichnend für den kapitalistischen Theaterbetrieb und seinen Faschisierungsprozeß, daß durch den Terror des nationalistischen Mobs jedes Theaterstück, das auch nur noch einen Hauch freiheitlichen Atems in die versumpfte und verkommene Theatersphäre hineinträgt, verfolgt wird. Es ist aber nicht weniger bezeichnend, daß heute jede fortschrittliche Kunst bei der revolutionären Arbeiterschaft Zuflucht suchen muß, wenn sie überhaupt an die Oeffentlichkeit gelangen will. Nichts kann besser den Verfaulungsprozeß der bürgerlichen Kunst illustrieren als die Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre kapitalistischen Theaterinstrumente es überhaupt nicht mehr wagen können, sich mit den aktuellen Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen.

Der Zustand muß aufhören, daß eine Handvoll Marodeure, korrupter Elemente, im Auftrag mächtiger kapitalistischer Interessengruppen, die durch das revolutionäre Theater einen weiteren Einbruch in die Kreise der von ihnen irregeführten Massen befürchten, im roten Berlin die Aufführung von Theaterstücken unmöglich machen wollen. Jetzt wird das rote Berlin zeigen, daß es gewillt ist, zum Angriff gegen die Kulturreaktion überzugehen!

„Das ganze Stück ist eine fortgesetzte unglaubliche Kränkung des religiösen Gefühls von uns Katholiken — im ganzen und in Dutzenden von Einzelheiten, auf deren Nennung hier wegen ihrer Unglaublichkeit und Schamlosigkeit verzichtet werden muß. Wir fordern die sofortige Ablehnung! — Daß Gott mit diesem Machwerk schon im Titel in Verbindung gebracht wird, ist die erste und unverschämteste Beleidigung." Mit dieser „Kritik" der „Germania" begann die Hetze der Reaktion gegen die Aufführung des geschichtlichen Schauspiels „Gott, Kaiser und Bauer" von Julius Hay im Deutschen Theater. „Der Deutsche", die Zeitung der gelben Gewerkschaften, gebärdete sich noch heftiger: „Die revolutionären Dichter glauben so etwas wie Morgenluft zu wittern . . . alles in allem primitive kommunistische Propaganda. . . . Es ist eine unerhörte Zumutung, christlichen Menschen ein solches Stück vorzusetzen . . ." Prompt erfolgte eine organisierte Störung der vereinigten katholischen und nationalfaschistischen Reaktion mit dem Ergebnis: das Stück wurde vom Spielplan des Deutschen Theaters abgenommen. Direktor Beer und der Regisseur Karlheinz Martin (letzterer leidet an chronischen politischen Umfällen) beteuern nun: Sie wären gute Katholiken. Karlheinz Martin, der stets nach links zu schielen pflegt, wenn dies für ihn eine gute Konjunktur zu sein scheint, ist mit diesem rückgratlosen Zurückweichen eines einst revolutionären Bühnenmannes zwar nicht das erstemal, nun aber wirklich endgültig erledigt.

Hays Stück ist nun ein bedeutender Versuch zur dramatischen Gestaltung eines geschichtlichen Stoffes, eine Probe auf die Gestaltungskraft und die Entwicklungsmöglichkeit des Autors. Zwar kein revolutionär einwandfreies Drama, aber immerhin ein künstlerisch wertvolles Stück mit starken Ansätzen der Dramatisierung des Klassenkampfes zwischen den revolutionären Bauern und Bürgern und dem Feudaladel im späten Mittelalter. Wenn der Stoff Hay einstweilen auch des öfteren aus den Händen gleitet, wenn die dramatische Aufrollung der revolutionären Kämpfe auch nicht restlos geglückt ist, so bleibt sein Wille, Geschichte dramatisch im Sinne des historischen Materialismus zu meistern, doch höchst bemerkenswert.

In der Schleicher-Republik sind aber nur Geschichtsklitterungen in der Art der faschistischen „Cromwell"-Aufführung der alten Volksbühne gestattet, eine historisch einigermaßen getreue dramatische Wiederbelebung der Vergangenheit sollte, wenn die Herren allein zu entscheiden hätten, mit allen Mitteln der Gewalt unterdrückt werden. Das organisierte deutsche revolutionäre Proletariat wird aber den Herren einen Strich durch die Rechnung ziehen. Es ist äußerst bezeichnend für den kapitalistischen Theaterbetrieb und seinen Faschisierungsprozeß, daß durch den Terror der vereinten Reaktion gegen jedes Theaterstück, das auch nur einen Hauch freiheitlichen Atems in die verkommene bürgerliche Theatersphäre hineinbringt, eine tolle Hetze entfacht wird. Nichts illustriert besser die äußerste Verschärfung der kapitalistischen Krise als die Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre Theaterinstrumente es überhaupt nicht mehr wagen können, sich mit den aktuellen Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen. Eine Kunst, die auch nur in entferntem Sinne wahrheitsgemäß an die Gestaltung von aktuellen Problemen herangeht, kann heute nur noch innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung Verständnis und Unterstützung finden. Hier allein ist die Garantie für die Weiterentwicklung der Kunst.

Gelungen ist dem Autor von „Gott, Kaiser und Bauer", in lebensvoll charakterisierten Figuren des Kaisers Sigismund und des Papstes Johann XXIII. die Korruption in der Umgebung eines Monarchen und des höchsten Klerus aufzudecken. Nicht ganz gelungen ist ihm, worauf es eigentlich angekommen wäre, die Klassenkämpfe des 15. Jahrhunderts in ihren ökonomischen und politischen Triebkräften, in ihren Widersprüchen vielfältig und glaubwürdig auf die Bühne zu bringen. Das formale Schema der Shakespearschen historischen Dramen ist zu eng geworden zur dramatischen Fassung geschichtlicher Ereignisse im dialektischen Zusammenhang des historischen Prozesses. Die neuen „Inhalte", die neuen Erkenntnisse fordern neue dramatische Formen.

Hay wollte ein Klassenkampfdrama gestalten. Dies ist ihm nur zu einem Teil gelungen; dieser „Teil" ist aber bereits als Verdienst eines jungen, sehr begabten Dramatikers zu werten. Wir wollen nun keinesfalls verschweigen, daß eine traditionelle Belastung des Autors durch formale Elemente eines gelockerten, revuemäßig zerlegten Königsdramas die vollwertige klassenkämpferische Bewältigung des Stoffes beeinträchtigt. Der Kaiser spielt die Hauptrolle... Er und der Papst sind lebendige Menschen; die Revolutionäre Ziska und Huß hingegen: Leitartikel herunterleiernde Pappmascheefiguren. Die revolutionären Bauern gar bloße Rharbarber murmelnde Statistierie. Es ist auch eine etwas billige und primitive Methode der Charakterisierung, wenn man menschliches, klassenmäßig bedingtes Sein und Bewußtsein gleichsetzend den Papst und den Kaiser in ihrer tatsächlichen Klassenexistenz verhüllt, indem man sie durch Selbstenthüllungen zu „enthüllen" meint. Auf folgende Weise etwa: Ich bin ein großer Gauner und ich bin ein großer Lump.

Die Regie von Karlheinz Martin vergröbert die Fehler durch Uebertonung des Dekorativen, durch Vertuschung der geschichtlichen Hintergründe. Ausgezeichnet der Bühnenaufbau von Traugott Müller. Die schauspielerischen Glanzleistungen von Fritz Kortner, Paul Wegener und Margarete Melzer verrücken die richtigen Proportionen des geschichtlichen Geschehens in eine Sphäre der „großen Persönlichkeiten", da ihnen keine gleichwertigen Darsteller der revolutionären Rollen zur Seite stehen. Durus

**Da feiern sie den Jahresschluß,
Ersaufen schier im Ueberfluß.
Was geht's die an bei Kübeln Sekt,
Ob draußen der Prolet verreckt?!**

Bleigießen

Die prunkvollen Räume des Kaiserhofs waren hell erleuchtet, am hellsten aber strahlte die Zimmerflucht, die Adolf Hitler bewohnte. Der ganze Stab hatte sich zum Silvesterfeiern versammelt. Die eigens präparierten Champagnerflaschen, deren Pfropfen nicht mit dem üblichen Knall, sondern mit dem Ruf „Deutschland erwache", in die Luft sprangen, ruhten in eisgekühlten Kübeln, einer Temperatur, die ungefähr den untersten Einheiten entsprach. Aber in den Zimmern war es schön warm. Gleich sollte die Festlichkeit beginnen, nur eine kleine Formalität war noch zu erledigen.

Militärische Schritte erklangen auf der Treppe. Die Gesichter der Anwesenden hellten sich auf. Der SDS. (Sammelbüchsen-Ober-Schnorrer), dem die Verteilung und Kontrolle der Sammelbüchsen oblag (oh, es gab deren Tausende und aber Tausende in Berlin), trat ein und meldete sporenklirrend das heutige Ergebnis. Es war nicht sehr erheblich und sogar noch schlechter als das des Tages vorher. Das Schlimmste war aber der Bericht des SDS., daß das Publikum zwar an Bargeld, aber durchaus nicht an giftigen Bemerkungen sparte. „Hat Hitler schon 'ne Stempelkarte? — Ja, der Kaiserhof ist nicht billig — Jetzt wird es bei euch duster", usw. „Das stimmt", sagte Hitler und knipste die Birne aus, „das Publikum hat gar nicht so unrecht, der Kaiserhof ist teuer und wenn das so weitergeht . . .", mehr hörte man nicht, ein konsulvisches Schluchzen durchzuckte die Hünengestalt, man konnte nur ein unter Wimmern hervorgestoßenes Wort, das wie „Stempelkarte" klang, vernehmen. Der Stab sprang auf: „Beruhige dich, o Führer, das werden wir niemals zulassen, was sollte sonst aus uns werden". Der Hiobsbote verschwand. Hitler wurde von den Seinen mit Sekt gelabt. Das half. Das „Deutschland erwache" der Pfropfen, erinnerte an verschollene Zeiten gefüllter Sportpaläste. Tempi passati.

Die Stabsmitglieder hielten ein Traktätchen in der Hand. „Neujahrserbauung von Adolf Hitler" stand auf dem Titelblatt. Aus Sparsamkeitsgründen verwendete man dieselben des vorigen Jahres. Es hatte sich ja nicht viel geändert, nur die Zahl 1932 hatte sich auf 1933 erhöht (ein Beweis übrigens, daß die Wählerschaft der NSDAP. dauernd zunimmt), und der Name Gregor Straßer war von ganz oben an die Stelle der Dahingeschiedenen gerutscht.

Endlich war es so weit. Der Kuckuck der Wanduhr hatte zwölfmal „Heil Hitler" gerufen. „Prost Neujahr, Prost Neujahr". Die Stabsmitglieder sanken sich in die Arme. Hauptmann Röhm kam auf seine Kosten und schwitzte vor Wonne. „Was nun?" Die gehobene Stimmung drohte abzuflauen. „Bleigießen" schlug einer vor. Alle waren einverstanden. Der Führer machte den Anfang. Und was hielt er endlich in der zitternden Hand? Ein Gebilde, das die unverkennbare Aehnlichkeit mit einer Lokomotive hatte. „Die führt ins ‚Dritte Reich'", murmelte er gerührt. „Aber für diesen langen Weg scheint sie doch nicht stabil genug gebaut zu sein", meinte einer. „Und außerdem bewegt sie sich ja nicht." „Soll das heißen, daß unsere Bewegung zum Stillstand gelangt ist?" bedachte ein anderer. Plötzlich verstummten sie. Ein Stimmengewirr erhob sich auf der Straße, gerade unter ihrem Fenster. Hitler trat ans Fenster, schnitt ein Loch in den Vorhang und preßte sein Auge daran. „Schämt euch, ihr Kleinmütigen", sagte er zu seinem Stab. „Draußen stehen SA.-Männer, um uns ihren Neujahrswunsch zu überbringen. Noch lebt die Bewegung." Er riß das Fenster auf. „Abfahren könnt ihr, ihr Gauner", klang es klar und deutlich zu ihnen herauf, „wir werden euch schon Dampf geben." Bums, schlug das Fenster zu und mit einem Krach rasselten die Jalousien herunter. Mit der Lokomotive hat's ihre Richtigkeit und jetzt sollen sie sogar Dampf bekommen. Die Masse sorgt für Betriebsstoff. Berta Wiener

Bücherschau: „Die Welt von heute und morgen", Leipziger Straße 54/56

Erinnerung

(Arbeiterkorrespondenz)

Zu der Arbeiterkorrespondenz: „Herr Wels, erinnern Sie sich?" eine kleine Episode. Wir waren im Polizeipräsidium beim Sicherheitsdienst. Als wir vernahmen, daß den Matrosen im Marstall die Löhnung verweigert wurde, zogen auch wir in einem Trupp zum Marstall. Hier schlugen bereits die Granaten in das Gebäude ein. An der Ecke Heiligegeist- und Königstraße standen Truppen der 3. und 4. Jäger unter Führung eines Majors. Als ich den Major aufforderte, dafür zu sorgen, daß das Feuer eingestellt würde, erklärte er, daß er darauf keinen Einfluß hätte, die Artillerie stände ja weiter hinten. Darauf ein Zeichen und einige Schüsse in die Luft und der Major war umzingelt. Als nun noch einige andere Offiziere kamen, wurden auch diese von uns verhaftet und nun ging es mit diesen die Königstraße entlang zum Polizeipräsidium, wo wir die Gefangenen ablieferten. Unterwegs flogen Steine, Seitengewehre usw. gegen die „Speckjäger", die jedoch durch unseren unfreiwilligen Schutz heil im Präsidium ankamen. Wir lieferten die Gefangenen beim roten Polizeipräsidenten Emil Eichhorn ab. Als uns nun auch Truppen der gefangenen Offiziere in den Lichthof folgten, hielt ich eine kurze Ansprache, daß wir von ihnen nichts wollten, sondern daß uns nur daran lag, die Offiziere gefangen zu nehmen. Und nun kommt das Bedauerliche: Als ich am Abend Ausgang Dircksenstraße Posten stand, kamen die Burschen der gefangenen Offiziere mit Kartons, in denen sich Zivilsachen für die Offiziere befanden, und kurze Zeit darauf verließen die Gefangenen, die wir gemacht hatten, das Präsidium. Q.

Der Trommler Pabens und Schleichers schreibt einen Kriegsroman gegen die UdSSR. Der Titel dieses in Nr. 226 der „Roten Fahne" besprochenen Romans ist: „Fesseln fallen."

Erwerbslose und DMV.-Wahlen

Zu den Bezirksleitungswahlen des DMV. am 4. Januar 1933

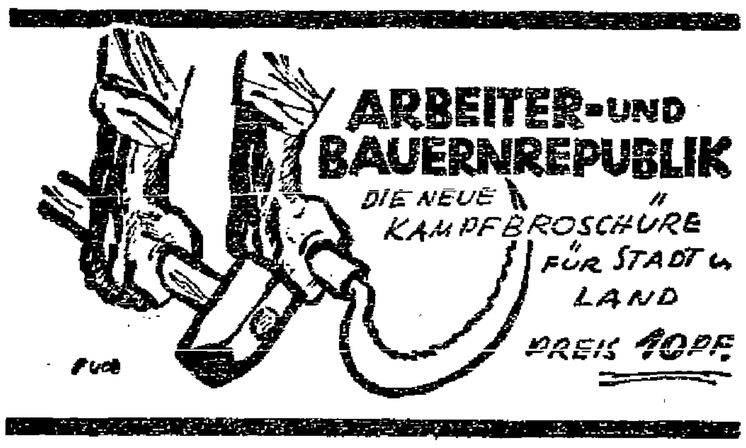
Von einem erwerbslosen DMV.-Mitglied wird uns geschrieben:

In den letzten Jahren haben die ADGB.-Führer die Kämpfe der Betriebsarbeiter damit abzudrehen versucht — bis vor kurzem ist es ihnen häufig geglückt —, daß sie erklärten, daß man bei solch großer Erwerbslosigkeit nicht streiken könne, ja die Erwerbslosen den im Betrieb stehenden Arbeitern in den Rücken fallen würden. Noch am 13. Juli d. J. erklärte der Sozialdemokrat Biedermann:

„Wenn eines Tages wirklich alle Betriebe in Deutschland im Streik stehen würden, würden aus dem Millionenheer der Erwerbslosen genügend Arbeiter in die Betriebe laufen, um dieselben wieder in Gang zu bringen."

Damit haben die sogenannten „erprobten" Arbeiterführer die erwerbslosen Kollegen als Streikbrecher beschimpft. Erst die letzte Streikwelle auf Grund der Papennotverordnung hat sie bewogen, von dieser Theorie (oder besser von diesen Manövern) abzulassen, da die Tatsachen zu hart das Gegenteil bezeugten. So muß die „Metallarbeiter-Zeitung" vom 15. Oktober 1932, Nr. 42, zugestehen, „daß die organisierte Arbeiterschaft selbst in schwerster Krisenzeit siegreiche Kämpfe führen kann". Ja, als die Streikwelle über die Köpfe der Führer hinwegging, konnte man nicht mehr anders. Aber wir vergessen es nie. Das jahrelange Beschimpfen der Erwerbslosen als Streikbrecher, verbunden mit der Anti-Streiktheorie, daß man in der Krise keine erfolgreichen Kämpfe führen kann, trägt die Schuld an der tiefen Verelendung der Arbeiterklasse.

So ist es verständlich, daß sich der ADGB. wie auch die Berliner Ortsverwaltung des DMV. dagegen sträuben, den Erwerbslosen im Verband mehr Rechte einzuräumen. Es ist einleuchtend, die Betriebsarbeiter müssen im DMV. die entscheidende



Rolle spielen, aber die heutige Millionenerwerbslosigkeit übt solch einen gewaltigen Einfluß auf alle Kämpfe aus, daß ohne Verbindung mit den Erwerbslosen keine größeren Erfolge möglich sind. Es muß nochmals daran erinnert werden, die erste Lohnabbauwelle während der jetzigen Krise wurde durch den Abbau der Unterstützungssätze (Hermann-Müller-Regierung) vorbereitet. Diese Tatsache zeigt klar und deutlich, wie innig die Interessen der Betriebsarbeiter mit denen der Erwerbslosen verbunden sind.

In den Bezirksvertrauensmännerkonferenzen des DMV. am 4. Januar 1933, wo die Bezirksleitung neu gewählt wird, muß die Opposition zu diesen Fragen Stellung nehmen und von der aufgezeigten grundsätzlichen Stellung heraus eine Vertretung der Erwerbslosen in den Bezirksleitungen fordern.

Eine alte Forderung der Opposition ist, besonders die Wahlkörperversammlungen der Erwerbslosen nicht mehr nach Branchen zusammenzufassen, sondern in den Bezirken durchzuführen. Diesem Antrag ist bis jetzt nie stattgegeben worden, da man den Erwerbslosen den Weg zur Vertretung ihrer Interessen im Verband versperren will. Das Ergebnis ist, daß auf der letzten Generalversammlung sage und schreibe vier Delegierte, die etwa 50 Prozent der erwerbslosen Mitglieder vertraten, anwesend waren. Man hat zwar den Erwerbslosenantrag, der zusätzliche Unterstützungen fordert, angenommen, aber nicht beraten, wie die Erwerbslosen sich diese Mittel erkämpfen können.

In den Gewerkschaftsversammlungen spricht man es aus, und zwar heißt das Allheilmittel: Vertröstung auf den Reichstag. Bei den erwerbslosen Bau- und Maschinenschlossern erklärte Riedel sogar am 21. Dezember, „die Gewerkschaften könnten für die Erwerbslosen überhaupt nicht kämpfen, weil dies Aufgabe der politischen Parteien sei". Die Annahme des Erwerbslosenantrages auf der Generalversammlung war also nur ein Lippenbekenntnis. Einen Kampf um die Durchsetzung der Forderungen wird die Ortsverwaltung so wenig führen wie die Bezirksleitungen in ihrer jetzigen Zusammensetzung. Ihre Politik der Zusammenarbeit mit der faschistischen Schleicher-Regierung, die Leipart in seinem letzten Artikel offen propagiert hat, verbietet ihnen jede solche Kampfmaßnahme.

Der Antrag muß aber dazu dienen, bei den Bezirksleitungswahlen die Forderung der Erwerbslosenvertretung in den Bezirken zu verbreitern. Heißt es doch in dem letzten Abschnitt:

„Sie (die Generalversammlung) beauftragt alle Funktionäre des Verbandes, überall diese Forderungen der Erwerbslosen zu unterstützen und besonders die Betriebsbelegschaften für ihre Durchsetzung bei Kommune, Staat und Reich zu mobilisieren."

Die oppositionellen Funktionäre müssen bei der Wahl auf diesen Antrag hinweisen und betonen, daß dies die logische Schlußfolgerung einer stärkeren Vertretung der erwerbslosen DMV.-Mitglieder in den Verbandsinstanzen nach sich zieht. Eine enge Verbindung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen ist die beste Vorbereitung zu neuen Kämpfen und Siegen.

Wählt deshalb bei der Wahl der Bezirksleitung nur Kollegen, die gegen den Leipart-Kurs Stellung nehmen und sich für die Interessen der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen einsetzen!

Massenentlassungen bei Aschinger

Die Opfer des Verrats der Gewerkschaftsführer — Der Kampf muß organisiert werden

Nachdem die Firma Aschinger, gestützt auf den mit Hilfe der Gewerkschaftsführer zustande gebrachten Tarifvertrag, eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit festgesetzt hat, beginnt sie jetzt Massenentlassungen durchzuführen. Gestern sind bereits in der 4. Quelle am Alexanderplatz 15 Kollegen und Kolleginnen entlassen worden. In der 6. Quelle am Moritzplatz sollen vier ihre Papiere erhalten. Das ist der Anfang zu den 400 Massenentlassungen, die wir bereits als Folge der Arbeitszeitverschlechterung ankündigten, die aber die Direktion bisher abgestritten hat.

Die Aschinger-Direktion stützt sich bei ihrem Vorgehen auf das Verhalten der sozialdemokratischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbandsführer, auf deren Betreiben der neue Tarifvertrag mit seinen ungeheuren Verschlechterungen zustande gekommen ist. Triumphierend verkündete damals der „Vorwärts": „Kein Sieg der RGO. bei Aschinger — keine Opfer der Belegschaft". Die Kollegen, die jetzt entlassen werden sollen, das sind die Opfer der Vertragspolitik der Gewerkschaftsführer, genau so wie die Gemaßregelten bei den Streiks, die die Gewerkschaftsbürokratie abwürgen konnte.

An der Aschinger-Belegschaft ist es jetzt, sofort den Kampf gegen die Massenentlassungen aufzunehmen, Quellenversammlungen zu organisieren und Kampfbeschlüsse zu fassen. Wir verweisen auf unseren Artikel über die Lehren der bisherigen Bewegung bei Aschinger, den wir in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten und in dem wir alle Maßnahmen zur Kampforganisierung vorschlugen.

★

Die Bürokratie des Zentralverbandes der Restaurant- und Caféangestellten veröffentlicht in ihrem Mitteilungsblatt die Behauptung, daß der rote Betriebsrat Groß an dem Tage, wo der Streik beschlossen werden sollte, Ausgang genommen habe. Das ist eine Lüge.

Der Kollege Groß hat am Tage der Urabstimmung Spätschicht gehabt und seine Arbeit regulär ausgeführt. Auf diesen Tag folgte der zur Erledigung seiner Betriebsratsangelegenheit festgelegte freie Tag. Auch an diesem Tage hat der Kollege seine Betriebsratstätigkeit so ausgeübt, wie es im Interesse der Kollegen notwendig war.

200 Asüarbeiter im Streikkampf

Der Streik bei der Baustelle Rose in Hakenfelde

Am 21. Dezember ist die 215 Mann starke Belegschaft der Firma C. Rose in Spandau-Hakenfelde geschlossen in den Streik getreten. Statt der an und für sich schon ungeheuer gekürzten Asüarbeiterlöhne von 76 Pfennig plus 3 Pfennig Kinderzulage zahlt der Unternehmer nur 72 Pfennig Stundenlohn. Die Arbeiten, die hier verrichtet werden, sind vom Landeswohlfahrtsamt dem Bezirksamt Spandau übertragen worden. Statt die Arbeiten selbst durchzuführen, übertrug das Bezirksamt der Firma Rose die Arbeiten. Auf diese Weise und mit Hilfe des Lohndrucks sollen Privatfirmen auf Kosten der Arbeiterschaft saniert werden.

Die Belegschaft nahm zu dem Vorgehen der Stadt und der Firma Stellung und verlangte den ihr zustehenden Tariflohn der Asüarbeiter. Die Vertrauensleute versuchten auf dem Verhandlungswege mit dem Betriebsrat und der Firma die Zahlung der tariflichen Löhne zu erlangen. Verhandlungen wurden sowohl von der Firma als auch von seiten der Stadt abgelehnt, weil das Landeswohlfahrtsamt durch den Oberpräsidenten die gezahlten Löhne von 72 Pfennig vertraglich festgelegt habe.

Nach Ablehnung ihrer Forderungen trat die Belegschaft in den Streik. Nun ließen die Firma und das Bezirksamt alle Minen springen, um die einheitliche Streikfront zu zersetzen. Durch Initiative des klassenbewußten Teils der Streikenden wurde dies verhindert.

Der Polizeiapparat wurde mobilisiert, um den Massenstreikschutz zu verhindern. Die Polizei ging soweit, daß sie den Streikschutz bis auf den gefrorenen Kanal prügelte, wobei ein Hüter des Gesetzes einbrach und beinahe ertrunken wäre.

Die streikenden Kollegen aber zogen geschlossen nach dem Rathaus und verlangten die Zurückziehung der Polizei, sowie die Nichtvermittlung neuer Arbeitskräfte. Bei Ausbruch des Kampfes wurden sofort die Erwerbslosen Spandaus mobilisiert. Als jetzt die Arbeitsamtsbürokratie 170 Erwerbslose als Streikbrecher vermitteln wollte, mußte sie erleben, daß die Vermittelten die Arbeit nicht aufnahmen, sondern sich mit in die Streikfront einreihten. Ferner wurden Delegationen zu den übrigen Asü-Baustellen Spandaus geschickt, die die Kollegen dieser Baustellen aufforderten, Solidarität zu üben.

Am Mittwoch, dem 28. Dezember, fand eine Delegiertenkonferenz aller Asübaustellen statt und beschloß sofort eine Delegiertenkonferenz der Groß-Berliner Asübaustellen zu organisieren, wo zu dem Kampf der Streikenden Stellung genommen werden soll, sowie eine Versammlung aller Asüarbeiter und Arbeitslosen Spandaus durchzuführen.

Die Belegschaft der Baustelle Staaken mit 240 Kollegen, faßte zu dem Streik bei der Firma Rose folgende Resolution:

„Wir protestieren gegen das provozierende Verhalten der Firma Rose und des Arbeitsamts Spandau und erklären, falls der Kampf nicht zugunsten der Streikenden entschieden wird, mit passiver Resistenz zu antworten und behalten uns schärfere Maßnahmen vor."

Die Asübelegschaft der Baustelle Grunewald 2 nahm eine Resolution an, daß sie geschlossen hinter den Forderungen der Streikenden steht und bereit ist, den Kampf aktiv zu unterstützen.

Asüarbeiter, Erwerbslose und Betriebsarbeiter! Erkennt die Bedeutung dieses Kampfes. Nehmt sofort auf Arbeits- und Stempelstellen dazu Stellung. Organisiert die breiteste Solidarität und die aktivste Unterstützung des Kampfes der streikenden Asüarbeiter!

Für die Einheitsliste im Siemens-Kabelwerk!

Dem „Vorwärts" zur Antwort

Der „Vorwärts" glaubt aus der offenen Selbstkritik, die wir an der Arbeit der roten Betriebsräte im Siemens-Kabelwerk entfaltet haben, Kapital schlagen zu können. Triumphierend schreibt er: Da seht ihr ja, sie geben ihre Fehler selbst zu!

Ja, ihr Herren „Vorwärts"-Redakteure, darin besteht eben der gewaltige Unterschied: Auf Grund unserer richtigen ehrlichen Klassenpolitik können wir es uns leisten, in offener Selbstkritik alle Fehler und Schwächen, die bei der Durchführung dieser Politik auftreten, offen zur Diskussion zu stellen und die gesamte Arbeiterschaft, in diesem Falle die gesamte Belegschaft aufzurüttelt, an der Ueberwindung dieser Fehler und Schwächen mitzuarbeiten. Gewiß, die roten Betriebsräte haben eine Reihe von Fehlern gemacht. Aber das was wir ihnen vorwerfen, ist eben, daß sie nicht mit der genügenden Energie den Kampf gegen die Verrätereien eures Runkehl und eures Lübbe aufgetreten sind, daß sie nicht mit der genügenden Energie die Belegschaft zum Kampfe gegen diese Verrätereien aufgerüttelt haben. Die offene Selbstkritik unserer Kollegen wird niemals den Schutzschild abgeben können für die Politik der Runkehl und Lübbe, die gegen die Interessen der Belegschaft gerichtet war, die die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer war, die jetzt offen in die Schleicher-Front eingeschwenkt sind.

Die roten Betriebsräte sind nicht wie Runkehl mit der Einstellung Nazi-Gebauers im Kabelwerk einverstanden gewesen. Sie haben nicht wie Lübbe zum Streikabbruch im Metallarbeiterstreik 1930 aufgerufen. Sie haben keine Erklärung unterzeichnet, die politische Diskussionen im Betrieb und das Tragen politischer Abzeichen verbot. Sie haben Fehler gemacht, aber sie haben nicht im Bunde mit der Direktion gegen die Interessen der Belegschaft gestanden.

Gerade die offene und ehrliche Selbstkritik, die wir vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit durchführen, gerade die Tatsache, daß wir allein öffentliche Rechenschaft über unsere Tätigkeit ablegen können, zeigt den Arbeitern des Kabelwerks, wer es ehrlich mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meint. Durch die Anwendung der Selbstkritik lenken wir die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die Schwächen in der Kampffront. So wie auf der Einheitsliste EVMB.-Kollegen neben Unorganisierten und ehemaligen Naziproleten, die wir aus der Hitlerfront herausreißen konnten, gemeinsam kandidieren, so werden wir bemüht sein alle Kräfte der Belegschaft zu mobilisieren, um die Voraussetzungen zu erfolgreichen Kämpfen um die täglichen Forderungen der Kollegen zu schaffen.

Dabei werden wir auch allen ehrlichen Kollegen die Hand zum gemeinsamen Kampfe reichen, die die Gewerkschaftsbürokratie in diesem Jahre noch als Kandidaten für ihre Liste gewinnen konnte. Deshalb fordern wir die Kabelwerksbelegschaft auf, ihre Stimmen bei der Betriebsratswahl der Einheitsliste zu geben, damit wir gemeinsam diesen Weg im Interesse der gesamten Belegschaft beschreiten können.

Bauarbeiter in Müggelheim streiken weiter

Die 26 Mann starke Belegschaft der Firma Stöhr in Müggelheim befindet sich die dritte Woche im Streik. Während dieser Zeit versuchte der Unternehmer mit Hilfe der Arbeitsamtsbürokratie alles, um eine Zersetzung der Streikfront zu erreichen. Alle Maßnahmen schlugen fehl an der geschlossenen Front der Streikenden in Gemeinschaft mit den erwerbslosen Kollegen. Alle nach dieser Baustelle vermittelten Erwerbslosen, die vom Arbeitsamt in Köpenick zum Streikbruch mißbraucht werden sollten, erklärten sich solidarisch und reihten sich in die Streikfront ein.

Trotz Polizeiterror sah sich die Firma schließlich gezwungen, Teilzugeständnisse zu machen. Sie schickte jedem Kollegen einen Brief, in dem sie sich bereit erklärte, pro Tag 24 Pfennig Fahrgeld zu zahlen. (Die Forderung der Kollegen betrug aber 2,50 Mark die Woche.) Gleichfalls will die Firma den Zementarbeitern ihren Tariflohn zahlen. Die anderen drei Forderungen betr. Kleiderverschleiß, Bezahlung der Laufzeit für die Dauer des BVG.-Streiks, Bezahlung der Streikzeit und Unterlassung der Maßregelungen, lehnt der Unternehmer ab und ersucht die Streikenden, das Schiedsgericht anzurufen.

Die Streikenden lehnten das Angebot ab und beschlossen, den Kampf weiterzuführen, bis die aufgestellten tariflichen Forderungen restlos von der Firma Stöhr anerkannt sind.

Scheiterhaufen auf deutschen Zollämtern

Massenweise werden Liebesgabenpakete ausländischer Proleten an deutsche Erwerbslose vernichtet und verbrannt

Deutsche Zollämter vernichten Lebensmittel! Das hat sich schon häufig zugetragen. In ganz besonderem Ausmaße aber vor den letzten Weihnachtstagen. Massenweise wurden da Lebensmittelpakete, die ausländische Werktätige aus Solidarität ihren hungernden Klassengenossen in Deutschland schickten, von den Zollbeamten des „sozialen" Generals verbrannt. Scheiterhaufen auf deutschen Zollämtern — jawohl, das gibt es! Wir bringen hier die Beweise schwarz auf weiß!

Nachstehend berichtet ein dänischer Werktätiger namens Hansen aus Kopenhagen über seine Erfahrungen mit solch einem deutschen Zollamt. In die prasselnden Flammen wurde geworfen, was er in einem Liebesgabenpaket seiner Mutter, einer Rentenempfängerin, sandte. Mit bitterer Entrüstung schreibt das der Däne Hansen an die deutsche kommunistische Reichstagsfraktion, der einzigen Vorkämpferin gegen die Zollpolitik Schleichers.

„Am 19. Dezember d. J. sandte ich, schreibt Hansen, „wie sicher auch viele andere hier in Dänemark, ein Weihnachtspaket an meine Mutter, die Rentenbezieherin M. Hansen in Berlin. Mir waren die deutschen Zollbestimmungen nicht mehr genau erinnerlich, der Sicherheit halber fragte ich deshalb noch telephonisch beim Kopenhagener deutschen Konsulat an. Ich bekam entgegenkommend verschiedene Angaben, aber ach, leider unvollständige. Ich erfuhr z. B. nicht, daß Fleisch ein Minimumgewicht von acht Pfund in einem Stück haben muß...

Ja, wären nicht diese Bestimmungen, wäre nicht diese Zollpolitik, dann hätte ich, wie viele weitere hundert Hilfsbereite, vielen unbemittelten Notleidenden in Deutschland wirklich einmal den Tisch reichlich decken können und viel Aerger und Tränen wären erspart geblieben... Dann brauchten wenigstens für ein paar Tage viele Hungrige keine Nahrungssorgen zu haben, wo sie doch jetzt unter der Krise ohnehin so grausam behandelt werden von Behörden, die das Verbrennen vieler sehnsüchtig erwarteter Lebensmittelpakete anzuordnen das Herz haben...

Was könnte denn das decken schon ausmachen, die diese hanebüchenen deutschen Zollbestimmungen zugunsten der Großagrarier erlassen, ob ein Stück Fleisch in einem Liebesgabenpaket an einen Hungrigen in Deutschland etwas untergewichtig oder übergewichtig ist. Außerdem hat doch jeder, der etwas schickt, den Wunsch, einem hungernden Verwandten möglichst viel zu senden, solange er dazu noch in der Lage ist. Man möchte auch mal Kaffee schicken oder Gebäck oder Marzipansachen, nicht bloß einen Klumpen Fleisch von acht Pfund!

Ich habe früher einmal die deutschen Behörden ziemlich hoch eingeschätzt. Ja, früher einmal. Wie können die es bloß heute übers Herz bringen, einem Arbeitslosen, der vielleicht gar Familienvater ist, aus einem für ihn bestimmten Paket, in dem unglücklicherweise der eingepackte Schinken halbiert ist (nämlich etwa 2 und 6 Pfund), wie können die — frage ich — es übers Herz bringen, diesem Erwerbslosen das Fleisch wegzunehmen und es vor seinen Augen zu verbrennen ..."

„Verschleierte Hungersnot"

Soweit der Brief. Gibt es eine schärfere Anklage gegen die Zollpolitik der Schleicher-Regierung? Scheiterhaufen auf den Zollämtern, während die Millionen Erwerbslosen an einer offensichtlichen Hungersnot langsam kaputgehen!

Denn „verschleierte Hungersnot", so hat selbst der heuchlerische Völkerbund in einem soeben veröffentlichten Bericht über die Wirtschaftskrise und die Volksgesundheit das Elend der Millionenmassen in Deutschland bezeichnen müssen.

Ja, während auf dem Scheiterhaufen der deutschen Zollämter Stapel von Lebensmitteln in Flammen aufgehen, heißt es in dem Bericht des Völkerbundes, der sich insbesondere mit der Ernährung der Arbeitslosen befaßt, daß es diesen Millionen an hocheiweißhaltigen und vitaminreichen Nahrungsmitteln völlig fehlt. So zeigen z. B. die Küchenzettel bei den untersuchten Arbeitslosenfamilien als Mittagsspeise fast nur Kartoffeln, Brot, billige Würfelsuppen, ab und zu Gemüse und Griesspeise, kaum einmal in der Woche Fleisch; dagegen dreimal in der Woche Kaffee, dazu Brot mit Marmelade oder Margarine, niemals Butter, höchstens ein Ei, also eine Unterernährung, die man schon als „verschleierte" Hungersnot bezeichnen muß.

Aber auf Geheiß der Großagrarier in Deutschland werden die Zollbestimmungen noch engmaschiger. Die Flammen auf den Scheiterhaufen bekommen neue Nahrung!

Ein norwegischer Seemann namens Alfons Hansen verließ im August dieses Jahres in einem 36 Fuß langen Seegelboot Oslo, um in Ausführung einer Wette am Weihnachtsabend Miami an der Küste von Florida zu erreichen. Er ist pünktlich auf Tag und Stunde in Miami eingetroffen. Seine Begleitung bestand aus einem Hund und einer Katze, die die Ueberquerung des Atlantik sehr gut überstanden haben.

Mord für zehn Groschen

Eine grauenhafte Familientragödie

Berlin. Die Kriminalpolizei verhörte eingehend die 26jährige Klara Waldhelm, die sich freiwillig bei der Mordinspektion gestellt und zu Protokoll gegeben hatte, daß sie in der Nacht zum 5. Dezember ihren Ehemann Willi in seiner Wohnung Memeler Straße 68 mit Gas vergiftet habe.

Aus der Vernehmung ergab sich, daß die unglücklichen Familienverhältnisse die Frau zu der Tat getrieben haben. Besonders schlimm wurde es in der Ehe, als der Mann zu trinken begann und die Frau oft verprügelte. So war es auch am 4. Dezember zu einer heftigen Szene gekommen, als Waldhelm am Abend wieder einmal betrunken heimkehrte. Der Mann legte sich schließlich zu Bett und schlief ein.

Jetzt nahm die Frau für eine Mark Groschenstücke und tat sie in den Gasautomaten. Dann öffnete sie den Haupthahn und den Gashahn im Schlafzimmer.

Erdrutsch im Kanal von Athen

Athen. Der Schiffsverkehr im Kanal von Korinth ist durch einen Erdrutsch gesperrt worden.

Einheitsfront ASB. und Rotes Kreuz

Reformisten für bürgerlichen Gasschutzrummel in Essen

Schon des öfteren konnten wir über gemeinsame Gasschutzübungen der reformistischen Arbeitersamariterkolonne mit dem Roten Kreuz und der Technischen Nothilfe berichten. Besonders im Ruhrgebiet war man eifrig an der Arbeit, um auch die reformistischen Arbeitersamariter in die imperialistische Kriegsfront einzureihen.

Die Essener Arbeitersamariterkolonne durfte ebenfalls in diesem Kreis nicht fehlen. Vor kurzem fand nun in Essen eine derartige Gasschutzübung statt, zu der man auch die bundestreuen Arbeitersamariter eingeladen hatte, die natürlich auch prompt erschienen. Aber es wurde extra von seiten der Bundeskolonne in Essen Zivilkleidung verlangt und so schlichen denn am fraglichen Sonntag ja ein paar Unentwegte nach Haarzopf, um an der Uebung teilzunehmen. Aber es kam anders, als es sich die Herren von der Essener Bundeskolonne dachten; während die Polizei das Gelände vergaste und das Rote Kreuz die Verletzten bergen mußte, durften die Arbeitersamariter die Zuschauer spielen.

Schon macht sich in der Essener Bundeskolonne eine starke Rebellion gegen diese Politik bemerkbar.

Arbeitersamariter, die ihr heute noch Mitglieder des Arbeitersamariterbundes seid, erkennt ihr nun, wie es mit der angeblichen Neutralität im Arbeitersamariterbund bestellt ist? Geschickt versucht man durch angeblich technische Schulungsmöglichkeit auch die reformistischen Arbeitersamariter gemeinsam mit den faschistischen Wehrorganisationen gegen das werktätige Proletariat auszuspielen. Krieg gegen das einzige Vaterland aller Werktätigen, gegen die Sowjetunion, das bedeuten alle diese Vorbereitungen. Macht diesen Plan zunichte!

Kämpft mit den Arbeitersanitätern der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit gegen alle imperialistischen Kriegsvorbereitungen!

Neujahrsspiele des ATV. Pankow

Man sollte nicht von Tradition sprechen, aber die Spiele des ATV. zu Neujahr sind beinahe schon dazu geworden. Wie alljährlich werden am Neujahrstage auf dem **Platz am Bahnhof Pankow-Heinersdorf, ab 13 Uhr,** Fußballspiele von je einer Stunde Dauer ausgetragen. Die Gegner sind: ATV. Fußball 1 gegen ATV. Hockey 1, ATV. Fußball 2—ATV. Handball 1, ATV. Fußball 3—Bund für Leibesübungen (Hockey) 1. Durch die Teilnahme des nur Hockey spielenden Bundes für Leibesübungen erhält die Veranstaltung eine besondere Note. Den Handballern und Hockeyern des ATV. werden die Spiele, die im Sommer ja ganz regelmäßig als Wochentagsspiele ausgetragen werden, nichts Neues sein und die Erfolge werden den Fußballern nicht leicht gemacht werden. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pfennig.

Fichte-Silvesterball in Weißensee

Die Fichteschützen und -motorfahrer führen einen Silvesterball in den Gesamträumen des Weißenseer Gesellschaftshauses, Parkstr. 16, durch. Neben artistischen Darbietungen, zwei Kapellen, gibt es noch viele Ueberraschungen. Beginn 20 Uhr. Eintritt 50 Pf.

„Die Fichte-Bombe platzt"

am 31. Dezember im Viktoriagarten, Am Treptower Park 25/26, in der bunten, satirischen Kabarettveranstaltung des ASV. Fichte-Kreuzberg. Eintrittspreise: 35 Pf. für Erwerbslose und 60 Pf. für Arbeitende. Beginn 21 Uhr.

Peng-Jai

Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

11 Fortsetzung

Unser Gastwirt zündete jedesmal, wenn wir an einem Buddhatempel oder einer Kapelle vorbeikamen, drei Weihrauchkerzen an, machte seine Kotaus und murmelte:

„Herr, o Herr! Hilf, daß sie unbehelligt nach Laolun kommen und den Bauernbund wiederherstellen!"

Es tagte, als wir Haodangsu erreichten. Der Regen wurde immer stärker. Der Weg stieg steig bergan. Immer mühsamer kamen wir vorwärts. Gegen Abend erreichten wir Santiagou. Auf Flößen — Boote waren keine zu sehen — setzten wir über drei reißende Flüsse. Die Nacht brach herein, es war stockfinster, weit und breit keine menschliche Behausung zu sehen.

Bald stießen wir auf einen Bauer, der einen Spaten auf der Schulter, dem Saumpfade folgte. Er hielt uns für Soldaten und floh.

„Fürchte dich nicht! Wir sind ja keine Soldaten!" riefen unsere Sänftenträger.

Der Bauer beruhigte sich, wagte sich aber nicht näher heran. Unsere Träger redeten in ihrer uns unverständlichen Mundart auf ihn ein.

Bald darauf setzte der Bauer uns über den Fluß.

„Was werden wir heute nacht anfangen?" fragte ich die Träger.

„Wird schon alles werden, wartet nur. Er kommt gleich zurück."

Nach einer Stunde kam der Bauer zurück, eine Laterne in der Rechten, ein Huhn in der Linken.

„Was sollen wir mit dem Huhn?" fragte ich.

„Essen sollt ihr's."

Ich gab es ihm zurück, wir hatten ja noch etwas Fleisch mit.

Etwa eineinhalbe Li weiter stießen wir auf eine Herberge, die seit mehreren Jahren öde und leer dastand, da die Soldaten in der Gegend ihr Unwesen trieben. Ein Orian hatte das Haus verwüstet. Wir machten es uns in dem einzigen, halbwegs wohnlichen Zimmer bequem und aßen zu Abend. Der Bauer erzählte uns von den Ausschreitungen, die die Soldaten des Tschen-Tsun-Min begingen.

„Sie rauben alles, was ihnen in den Weg kommt. Sie nehmen die Männer gefangen und schänden die Frauen. Sogar die Seelen der Toten fürchten sich vor ihnen. Als ich euch erblickte, hielt ich euch für Soldaten. Als ich aber erfuhr, daß ihr Mitglieder des Bauernbundes seid, freute ich mich sehr."

Am andern Tage wachten wir früh auf. Ehe wir aufbrachen, gaben wir dem Bauer anderthalb Dollar, die wir ihm für Holz und Reis zu schulden meinten.

Der Bauer nahm das Geld, zauderte und schrieb dann etwas auf einen Zettel, den er mit dem Gelde in meine Tasche schob, als wir schon unterwegs waren.

Ich holte das Papier hervor und las:

„Ihr helft den Armen. Ihr seid auf ihre Rettung bedacht. Ihr tut eure Pflicht. Ich kann kein Geld von euch annehmen, darum gebe ich es euch zurück. Glückliche Reise!"

„Wir arbeiten für den Bauernbund", sagte ich zu ihm, nachdem ich den Zettel gelesen. „Nicht wir sind es, die den Armen helfen, sondern sie selber. Wir haben einen Befehl erhalten, dem wir freudig nachkommen. Nimmst du das Geld nicht, so werden wir nie wieder über deine Schwelle treten, das schwöre ich dir."

Der Bauer sah ein, daß er nichts ausrichten könne, und nahm das Geld. Er begleitete uns ein großes Stück Weges, ehe er sich zur Umkehr entschloß.

Das Wetter war an diesem Tage herrlich. Wir marschierten tapfer drauflos, obwohl es bald steil bergan, bald wieder bergab ging. Alle Dörfer, die wir passierten, waren von den Soldaten des Tschen-Tsun-Min verwüstet. Dort, wo sich noch Rauch über den Dächern kräuselte, verriegelten die Bewohner schleunigst ihre Türen, sobald sie unser ansichtig wurden. Nirgends war eine Tasse Tee aufzutreiben. Die einst blühenden, betriebsamen Handelsflecken lagen öde und leer da. Es blieb uns nichts weiter übrig, als Brunnenwasser zu trinken und unreife Erdäpfel zu essen.

Einen ganzen Tag lang mußten wir über Bergkämme wandern. Weit und breit erblickte das Auge nichts als Wald und Felsen. Durch schmale Ritzen blickte der von Felsen eingeengte Himmel in die Schluchten hinein. Wir hatten nur vor einem Angst: vor den Tigern, die in den Bergen hausen. Um fünf Uhr abends langten wir in Lunvosy an. Am nächsten Tage, dem 8. Juli, standen wir in aller Frühe auf und hießen drei von unsern Sänftenträgern heimkehren. Wir gaben ihnen einige Dollar auf den Weg mit. Der vierte Träger blieb bei uns; am selben Tage setzten wir unsere Reise fort.

Am fünften Tage erreichten wir endlich Laolun.

Wir begaben uns unverzüglich zu Tschen-Tsu-Min, dem wir uns als die Vertreter des Hai-Feng-Bauernbundes vorstellten.

Zwischen Tschen-Tsun-Min und mir entspann sich folgendes Zwiegespräch:

Tschen: Nun? Ihr habt ja Krawall gemacht?

Peng-Pai: Der Krawall ging nicht von uns aus, sondern von der Obrigkeit. Ist Ihnen das Ausmaß der Hochwasserkatastrophe von Hai-Feng bekannt, Herr Tschen, die Leiden, die sie über die Bauernschaft gebracht hat?

Tschen: Mag das Hochwasser noch so verheerend gewesen, mögen noch so viele Menschen in Mitleidenschaft gezogen sein — trotzdem ist es in solchen Fällen Sitte und Brauch, daß Grundherr und Pächter sich zu Halbpart die Ernte teilen. Ihr aber, ihr bietet den Grundherren drei Zehntel des Ernteertrages an. Glaubt ihr etwa, ihr werdet es durchsetzen können? Ihr bildet euch wohl allen Ernstes ein, der Kaiser zu sein?

Peng-Pai: Das bilden wir uns nicht ein. Sie, Herr Tschen, sind's aber doch auch nicht, und Grundherren und Beamte schon gar nicht, will ich meinen. Wenn Herr Tschen die alten, von den Kaisern der Mandschudynastie eingesetzten Bräuche abschaffen kann, — warum sollten wir nicht die Bräuche abschaffen dürfen, die andere als der Kaiser eingesetzt haben? Wenn wir den alten Brauch, der Pächter müsse in Mißerntejahren die Hälfte der Reisernte abliefern, aufheben, so tun wir es aus gewichtigen Gründen, keineswegs aber aus Willkür.

Gestatten Sie mir eine Frage: der Grundherr gibt seinen Boden her, der Pächter steckt sein Kapital in Gestalt von Samen, Ackergeräten, Zugvieh usw. ein. Dies sieht doch einer Handelsgesellschaft verzweifelt ähnlich, nicht wahr?

Tschen: Ich gebe es zu.

Peng-Pai: Wenn nun eine Handelsgesellschaft Verluste erleidet, so werden sie von allen Teilnehmern getragen — dies ist ja nicht mehr als recht und billig. Nehmen wir nun an, ein gewisser A. hätte mit einem gewissen B. gemeinsam ein Handelsunternehmen gegründet und dieses hätte Verluste erlitten; nun will B. aber nichts davon wissen und verlangt seinen Anteil, noch dazu mit den jährigen Zinsen. Wäre das nicht eine schreiende Ungerechtigkeit?

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Henrich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Carl Anoll, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer C 1. Berolina 5481.

Ein Sieg

von welthistorischer Bedeutung

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Prawda" einen Leitartikel, in dem sie die wichtigsten Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft behandelt. Das Blatt schreibt u. a.:

Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß die größten Hoffnungen unserer Feinde auf den Zusammenbruch des Fünfjahrplans und damit auch der Sowjetmacht davon ausgingen, daß es die Bolschewiki nicht verstehen würden, die Millionenmassen der rückständigen Bauernschaft und der Kleinbesitzer für den Aufbau der Kollektivwirtschaften zu mobilisieren, daß sie es nicht verstehen würden, diese Massen in die Bahnen der sozialistischen Entwicklung zu lenken. Unsere Feinde begriffen wohl, daß unser Fünfjahrplan der Industrialisierung unmöglich sei, solange die rückständige einzelbäuerliche Klein- und Zwergwirtschaft in der landwirtschaftlichen Produktion herrscht, daß diese Wirtschaft nicht imstande sein würde, jenes Tempo, jenen Schwung der Entwicklung der sozialistischen Industrie zu erreichen, der im Fünfjahrplan vorgesehen war.

Die Geschichte hat nur eine ganz kurze Zeitspanne gebraucht, um auf alle diese Fragen eine ganz genaue und bestimmte Antwort zu geben. Nur die Leninsche Generallinie der Partei, die auf ein verstärktes Tempo der Industrialisierung und der Kollektivierung unseres Landes gerichtet war und ist, ist restlos in ihrer Gesamtheit und in allen ihren Einzelheiten die einzig richtige Linie. Vor genau drei Jahren hat Genosse Stalin in seiner Rede auf der Konferenz der marxistischen Agrarforscher eine glänzende theoretische Begründung über den Wesenskern und die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft gegeben. Diese Rede bildet das Fundament jener gigantischen Arbeit, die die Partei in den ersten Jahren des Fünfjahrplans im Bereich der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes entfaltet hat.

Die Hauptfrage, die bei der Verwirklichung des Fünfjahrplans auftauchte, war die Frage, „ob man im Laufe einer mehr oder weniger langen Zeitspanne die Sowjetmacht und den sozialistischen Aufbau auf zwei verschiedenen Grundlagen — auf der Grundlage der größten und vereinigten sozialistischen Industrie und auf der Grundlage einer zersplitterten und rückständigen Bauernwirtschaft — beruhen lassen könnte". Genosse Stalin hat bewiesen, daß dies nicht möglich ist, daß „dies einmal mit der völligen Zerrüttung der gesamten Volkswirtschaft enden müsse". Unsere Feinde möchten jetzt die Bedeutung dieses Sieges herabsetzen, den die Partei durch die Lösung dieser Hauptfrage unserer Entwicklung errungen hat. Die öde Philisterleier der verknöcherten Spießbürger über unsere Schwierigkeiten möchten unsere Feinde und ihre Trabanten als eine hundertprozentig wissenschaftliche ökonomische Analyse unserer Verhältnisse hinstellen, um die werktätigen Massen mit diesen Gaunermachenschaften zu beschwindeln. Die Wahrheit kommt doch an den Tag.

Jeder vernünftige Mensch begreift, daß es allein zur Ernährung der neuen Massen der Bevölkerung, die seit den Revolutionsjahren um mehr als 30 Millionen gewachsen ist, daß es allein zur Lebensmittelversorgung der neuen dutzenden Millionen der Stadtbevölkerung, die die neuen Städte füllen und die die Grenzen der alten Städte bis zur Unkenntlichkeit erweitert haben, eines ganz anderen Produktionsniveaus der Landwirtschaft bedarf, als jenes, über das wir vor vier Jahren verfügten. Der Umstand, daß in den letzten Jahren des Fünfjahrplans und gerade auf der Basis der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften die alljährlich beschafften Getreidemengen gegenüber 1928 mehr als um das Doppelte gestiegen sind, hat doch was zu sagen. Konnte man unter den Verhältnissen der Einzelbauernwirtschaft von einem solchen Entwicklungstempo der Lebensmittelbasis für die sozialistische Industrie auch nur träumen? Gewiß nicht. Das begreifen unsere Feinde, die sich selbstverständlich am wenigsten über unsere Schwierigkeiten, am meisten aber darüber beunruhigen, daß die Industrialisierung der Sowjetunion eine eigene gewaltige unerschütterliche landwirtschaftliche Lebensmittel- und Rohstoffbasis erlangt hat.

Dieser Sieg der Partei ist um so bedeutsamer, um so imposanter, als er auf der Grundlage einer enormen Steigerung des Wohlstandes der werktätigen Massen im Dorfe erzielt wurde. Die bürgerlichen Skribenten möchten diese Tatsache vertuschen und verbergen. Kann man aber verbergen, was vor nur vier Jahren ins Auge sprang, die Hauptschwierigkeit des Sozialismus bildete, und nebenbei gesagt, das Geschrei und das Gezeter dieser bürgerlichen Skribenten und Opportunisten entfachte? Trotz der enormen Unterstützung seitens der Sowjetmacht hatten wir 1928 eine Landwirtschaft, in der ein Drittel aller Wirtschaften weder ein Pferd noch eine Kuh, noch das geringste Inventar besaß, Wirtschaften, die in der Regel niemals aus der Kulakenfron herauskamen. Dazu kam noch die schwere, erschöpfende und unproduktive Bauernarbeit, da Hacke, der Pflug, die Sichel und die Sense — noch vor vier Jahren die Hauptwerkzeuge der landwirtschaftlichen Arbeit waren. Man muß nur daran denken, um vom Gesichtspunkte der werktätigen Bauern aus die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans zu bewerten. Millionen Menschen sind für immer von der alten Kulakenfron, vom Elend, vom drohenden Ruin und Hunger befreit.

Unwillkürlich stellt man folgende zwei Bilder gegenüber: Die Mißernte im Wolgagebiet 1921 und 1931. Was das Ausmaß anbetrifft, so kamen sich diese beiden Mißernten fast gleich, jedoch, während die Mißernte 1921 trotz der heroischen Hilfsmaßnahmen der Sowjetmacht eine Tragödie für tausende Wirtschaften war, wirkte sich diese Erscheinung 1931 angesichts der Kollektivwirtschaften und der Liquidierung des Kulakentums unvergleichlich leichter aus. Es ist bezeichnend, daß die Kollektivwirtschaften des Wolgagebietes im Herbst 1931 die Pläne der Herbstaussaat und des Herbstpflügens überboten und im Frühjahr 1932 die Frühjahrsaussaat restlos durchführten.

Wir machen keineswegs ein Hehl daraus, daß unsere Sowjet- und Kollektivwirtschaften noch eine Menge Mängel haben. Wir machen keineswegs ein Hehl daraus, daß die enormen Vorteile, die der sozialistische Großbetrieb der Landwirtschaft bietet, von unseren Sowjet- und Kollektivwirtschaften noch bei weitem nicht ganz ausgenutzt werden.

Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit und der Ernteertrag sind noch sehr gering. Das Viehzuchtproblem ist noch nicht gelöst. In nur vier Jahren Dutzende Millionen Menschen aufrütteln und die Bewegungsgesetze ihrer Jahrhunderte alten Wirtschaftsformen und Methoden auf neue, in der Geschichte nie gekannte Wirtschaftsmethoden umzustellen, in drei Jahren die zahlreichste Ausbeuterklasse, die Dorfkulaken, in den wichtigsten Gebieten zu zertrümmern und im wesentlichsten zu liquidieren, in drei bis vier Jahren das ökonomische Antlitz eines Sechstels des Erdballs umzugestalten, hat die gesamte Menschheitsgeschichte jemals etwas Grandioseres, Großartigeres gekannt?!

Kampf und abermals Kampf wird über den Erfolg unserer Fortbewegung auf diesem Wege im zweiten Jahrfünft entscheiden. Die Widerstandskraft des Klassenfeindes, der Ueberreste des Kulakentums beruht heute auf den in der Masse der Kollektivwirtschafter noch bei weitem nicht beseitigten Instinkten des Kleineigentümers. Darauf hat Genosse Stalin noch vor drei Jahren in seiner Rede auf der Konferenz der marxistischen Agrarforscher hingewiesen, als er die Elemente des Klassenkampfes in den Kollektivwirtschaften analysierte.

Es ist jetzt unsere Aufgabe, im Kampf dieses fortgeschrittenen Teils der Kollektivwirtschafter die Führung zu übernehmen, sich mit ihnen eng zu verbinden, sie in ihrem Kampfe gegen den Kulakeneinfluß, gegen die Auswirkungen der kleinbürgerlichen Nachlässigkeit, gegen die Elemente der Zersetzung zu unterstützen und zu leiten. Es ist unsere Aufgabe, gestützt auf diesen Kolchos-Aktivistenstamm, auf diese recht zahlreiche Schicht erprobter und bewährter Kämpfer für die Kollektivwirtschaften, die gesamte Kollektivwirtschaftermasse aufzurütteln und vorwärts zu führen. Dazu bedarf der fortgeschrittene Teil der Kollektivwirtschafter eine feste proletarische Unterstützung und eine bolschewistische Führung. Diese Rolle des Hebels der proletarischen Führung sollen jetzt unsere Maschinen- und Traktorenstationen im Dorfe erfüllen.

Vor Japans Marsch auf Peking?

Tollo imperialistische Gewaltpläne — Chinas Fr[illegible] in [illegible] Widerstand

Aeußerste Verschärfung!

London, 30. Dezember. Der hiesige „Daily Herald" veröffentlicht in konkreter Form aufsehenerregende Meldungen über die Vorbereitungen Japans zur Eroberung Pekings, der Hauptstadt Nordchinas. Die Stärke der Truppen Japans in der Mandschurei sei heute größer denn je und betrage mindestens das Doppelte des bisherigen Standes. Die Hauptmasse sei in der südlichen Mandschurei konzentriert, wo der Einfall in die chinesische Provinz Jehol offen vorbereitet werde. „Daily Herald" weist darauf hin, daß die Hauptstadt dieser Provinz nur 120 Meilen von Peking entfernt sei, und die japanische Invasion verfolge nur den einzigen Zweck, von da weiter nach Peking zu ziehen und nach Besetzung der alten Hauptstadt Chinas ganz Nordchina zu einem Scheinkaiserreich auszurufen, an dessen Spitze der jetzige Präsident der Mandschurei stehen soll.

Daß es sich hier tatsächlich um sehr konkrete Pläne der japanischen Bourgeoisie handelt, beweisen ebenso die Stimmen der japanischen Presse, wie die ungeheuer gesteigerten Militärausgaben. Die „Rote Fahne" meldete bereits gestern, daß das Militärbudget Japans verdoppelt worden ist.

Mit allem Nachdruck erklären die deutschen Arbeiter ihren tiefsten Abscheu gegen die annektionistische japanische Politik der starken Faust und die uneingeschränkte Solidarität mit den um Chinas Unabhängigkeit kämpfenden chinesischen Werktätigen. Besondere ernste Aufmerksamkeit verdient die Massierung der japanischen Truppen auch im Hinblick auf die Nähe der Sowjetunion, die bekanntlich an die Mandschurei grenzt. Die japanischen Generalstäbler haben ihren Traum vom „Zug nach Sibirien" noch lange nicht aufgegeben.

Peiping, 30. Dezember. (Inprekorr.) Im Tal des Nonni-Flusses erneuerten sich die Gefechte zwischen Japanern und Aufständischen. Japanischen Quellen zufolge sollen 2000 Aufständische die Stadt Taulaidschou, südwestlich von Charbin, besetzt haben.

Aus Charbin wird mitgeteilt, daß das japanische Militärkommando zu einem großzügigen Angriff gegen die Aufständischen im Nordosten der Provinz Kirin rüstet und enorme Truppenmassen, Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Panzerzugabteilungen und motorisierte Abteilungen an der Ostlinie der Ostchinesischen Eisenbahn, Richtung auf Pogranitschnaja (Grenze der Sowjetunion) zusammenzieht.

Erbitterte Gefechte

Peiping, 30. Dezember. Die neue blutige Offensive der japanischen Imperialisten in der Südmandschurei stößt auf den erbitterten Widerstand der chinesischen Aufständischen.

Nach der Einnahme der Basis der Aufständischen der Stadt Hsiutan (südlich von Mukden) durch japanische Truppen, umzingelte eine aus 4000 Mann bestehende Abteilung der Freischärler die Stadt, in der eine japanische Division zurückgeblieben war. Seit mehreren Tagen wird die Stadt belagert, nach anderen Meldungen soll sie bereits von den chinesischen Freischärlern besetzt sein. Uebereinstimmend berichten die Zeitungen, daß die japanischen Truppen große Verluste erlitten haben.

Schanghai, 30. Dezember. (Inprekorr.) Meldungen der chinesischen Presse berichten, daß die Provinzialregierung von Jehol die Peipinger Behörden offiziell informiert hat, daß zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freiwilligen Gefechte begonnen haben und daß japanisch-mandschurische Truppen von der Küste des Liatung-Golfes nach Süd-Jehol vordringen. Die Hauptkräfte der Japaner entwickeln aktive Tätigkeit längs der Grenze der Jehol-Provinz.

„Wir verkünden das Recht der Völker deutscher Zunge auf Zusammenschluß!"

Genosse Peri in der französischen Kammer — Anleihe für die österreichischen Kapitalisten für Anschlußverzicht — Proleten zahlen — Faschistische Volksverräter, sozialdemokratische Imperialisten

Paris, 30. Dezember. (Eigener Bericht.) Mit 351 zu 187 Stimmen hat die Kammer den französischen, etwa 100 Millionen Franken betragenden Anteil der internationalen Anleihe für Oesterreich auf Grund des sogenannten Lausanner Protokolls angenommen. Im Namen der kommunistischen Fraktion, hinter der große Massen des französischen Proletariats stehen, erklärte Genosse Péri: „Wir weigern uns, für eine Operation zu stimmen, für die ein Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter Oesterreichs sowie das Weiterbestehen des Anschlußverbotes an Deutschland zur Bedingung gemacht werden. Wir verkünden das Recht der Völker deutscher Zunge auf Zusammenschluß."

Es ist eine Versklavungsanleihe, die da Oesterreich bewilligt worden ist. Mit 300 Millionen, welche Oesterreich da von den Mächten erhält, wird das werktätige Volk Oesterreichs in noch engere Ketten geschmiedet. Denn, wohlgemerkt, von diesem Geld wird das arbeitende Oesterreich keinen Schilling zu sehen bekommen, da der Betrag ist ausschließlich zur Rückzahlung der Anleihen dient, welche man seinerzeit zur Rettung der bankrotten Rothschildschen Creditbank aufnahm. Dafür aber wird das Proletariat und der Mittelstand den ganzen Zinsen- und Amortisationsdienst dieser neuen Tributlast von ihren Steuern aufbringen müssen.

Die Sache Oesterreich sei schon einige Millionen wert, erklärte der famose Exsozialdemokrat Boncour, jetzt Frankreichs Ministerpräsident, der Stolz der französischen sozialdemokratischen Führer. In diesem Satz hat man das ganze Motiv für die Anleihe. Sie wird gegeben, um Oesterreich fest in der Faust Frankreichs zu halten und für alle Zeiten mit dieser Anleihe, die in deutscher Währung etwa 60 Millionen Mark beträgt, Oesterreich zum Anschlußverzicht zu bringen. Nicht umsonst erklärte Boncour die Notwendigkeit dieser Anleihe damit, Oesterreich an der freiwilligen Zuflucht zu Deutschland zu hindern und es dem Völkerbundsregiment zu erhalten.

Nachdem es also völlig klar ist, daß die Anleihe nichts anderes als ein Eckstein in dem Gebäude der französischen Vormachtspolitik in Südosteuropa ist, bleibt nur noch die verächtliche Haltung der österreichischen Faschisten niedriger zu hängen. Der Heimwehrfürst Starhemberg, intimer Freund der Hakenkreuzler und Besucher Hitlers, und die Christlich-Sozialen, also die schärfsten Arbeiterfeinde, sind die Vorkämpfer für die Erfüllung der französischen Bedingungen, sie unterschreiben den Anschlußverzicht, sie verüben den Volksverrat.

Die französische Sozialdemokratie ihrerseits segelt offen im Kurs ihrer imperialistischen Bourgeoisie. In der Kammer stimmte sie für die Tributanleihe und im „Populaire" reitet Léon Blum eine Attacke für die Anleihe, die er mit einer Stellungnahme für die französische imperialistische Machtpolitik in Mittel- und Südosteuropa gegen den italienischen Rivalen begründet.

In diesen Hexenkessel imperialistischer Erpressung und faschistisch-sozialdemokratischen Volksverkaufs dringt klar und mächtig die Stimme Gabriel Péris, der in der Löwenhöhle des französischen Imperialismus als Anwalt des wahren proletarischen Internationalismus das Recht der Völker deutscher Sprache auf ihren Zusammenschluß verkündete. Das ist die treue Fortsetzung jener kommunistischen Freiheitspolitik, die ihren Niederschlag in der Anti-Versailles-Politik der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs und in dem Auftreten des Genossen Thälmann in Paris gefunden hat.

Inmitten einer Welt, die erfüllt ist von dem blutdürstigen Kriegsgeschrei der Chauvinisten hüben wie drüben, steht fest aufgepflanzt das Banner unserer Weltinternationale, die da verkündet: Friede den Hütten, Krieg den Palästen und Freiheit allen unterdrückten Nationen!

So muß auch in den deutschen Betrieben gewählt werden!

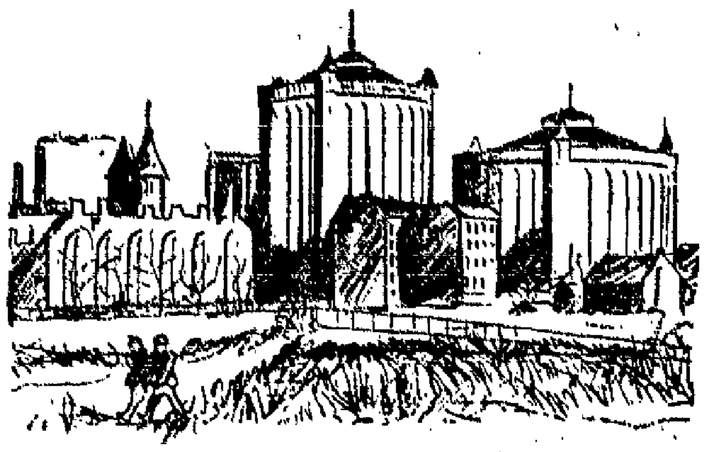
Die tschechoslowakischen Krumpels wählen rot

Prag, 30. Dezember. (Inprekorr.) Auch die weiteren Betriebsausschußwahlen im Kladnoer Revier brachten den roten Gewerkschaften bedeutsame Erfolge.

Auf der Grube „Max" erhielten: rote Gewerkschaften 760 Stimmen, 7 Mandate (im Jahre 1930 718 Stimmen, 6 Mandate); Reformisten 145 Stimmen, 1 Mandat (153 Stimmen, 1 Mandat), tschechische Sozialisten 78 Stimmen, kein Mandat (170 Stimmen, 1 Mandat), Faschisten 210 Stimmen, 2 Mandate (263 Stimmen, 2 Mandate). Die roten Gewerkschaften, die bei den letzten Wahlen auf dieser Grube 55 Prozent aller Stimmen hatten, erhielten diesmal 64 Prozent der Stimmen.

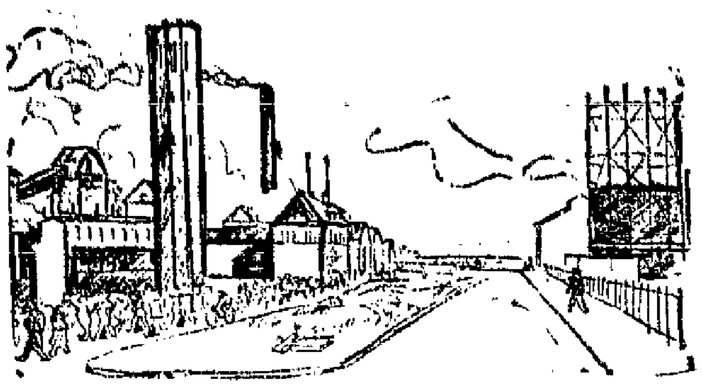
Aehnlich ist das Ergebnis auch auf der Grube „Anna Laura". Es erhielten: rote Gewerkschaften 559 Stimmen, 5 Mandate (plus 97 Stimmen, plus 1 Mandat), Faschisten 118 Stimmen, 1 Mandat (plus 31 Stimmen), Reformisten 141 Stimmen, 1 Mandat (minus 146 Stimmen, minus 1 Mandat); tschechische Sozialisten 83 Stimmen, 1 Restmandat (minus 41 Stimmen).

Auf den vier größten Gruben des Reviers Kladno, auf denen bisher Betriebsausschußwahlen stattfanden, gewinnt der rote Industrieverband der Bergarbeiter die absolute Mehrheit.



Gasarbeiter

wählt Kampfausschüsse, entfaltet die Einheitsfront-aktion gegen Lohnabbau und für die Winterhilfe!



Kampf der Gasarbeiter für Winterhilfe

Für Paläste Millionen, für Winterhilfe keinen Pfennig — Wie steht es mit der Krisenfestigkeit des „Gemeindesozialismus"? — Der Verrat der reformistischen und Renegaten-Betriebsräte an den Interessen der Gasarbeiter

„Krisenfest"

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Streik der BVG.er hat bei der gesamten städtischen Arbeiterschaft eine lebhafte Diskussion entfaltet. Jedes Argument der Gewerkschaftsbürokratie, das gegen den Streik der Gemeindearbeiter bisher vorgebracht wurde, jeden Streik in den Gemeindebetrieben abzuwürgen, ist schlagend widerlegt. Bis jetzt ist es den Gewerkschaftsführern noch gelungen, bei der Gemeindearbeiterschaft gewisse Illusionen zu erwecken, und dazu gehört auch, daß der jetzige Gemeindekapitalismus als „Gemeindesozialismus" gepriesen wird, der frei von den privatkapitalistischen Einflüssen unerschütterlich dasteht, und diesen Sozialismus" solle man nicht gefährden.

Schrieb doch im Jahrbuch der Gesamtverbands-Hauptvorstand folgende Sätze: **„Entgegen allen privatkapitalistischen Voraussetzungen ist die kommunale Wirtschaft im Jahre 1931/32 nicht nur nicht zusammengebrochen, sie hat sich vielmehr ausgezeichnet gehalten und stellt einen der wesentlichsten Rückhalte der kommunalen Finanzwirtschaft dar."**

Gegen diese neuen Betrugsmanöver kann man fragen: Ist es vielleicht krisenfest zu nennen, wenn die Jahresproduktion der Gaswerke von 512 Millionen Kubikmeter Gas 1927 auf 410 Millionen im Jahre 1932 zurückgegangen ist? Ist es vielleicht krisenfest zu nennen, wenn die Tagesproduktion im Gaswerk Lichtenberg von 180 000 Kubikmeter auf 130 000 Kubikmeter zwangsweise gedrosselt wird, um durch diese Maßnahmen zu erreichen, daß, ohne die Tarife für die Kleinkonsumenten zu senken ein Werk nach dem andern stillgelegt wird? **Bürgermeister Elsas erklärte bereits, daß innerhalb zwei Jahren nur noch zwei Werke für Berlin bestehen werden, in denen die Produktion konzentriert wird.**

Natürlich versucht der Gemeindekapitalismus, die Folgen dieser Krise, die auch durch eine unerhörte Anleihewirtschaft hervorgerufen wird (der Zinsendienst der Stadt Berlin ist allein dreimal so hoch wie die Ueberschüsse der Werke!), **auf Kosten der Arbeiterschaft zu beheben. Es wurde eine brutale Rationalisierung durchgeführt und bei den Gas-, Wasser- und E.-Werken wurden Lohnabbaumaßnahmen über 30 Prozent erzwungen.**

Und wenn durch diese Art und Weise es noch gelungen ist, 18 500 000 Mark Ueberschuß zu erreichen, dann ist nichts gerechter, **als die geringe Forderung von 50 Mark Winterbeihilfe und nichts ist richtiger, als wenn die bis auf die Knochen ausgebeuteten Gasarbeiter den allerschärfsten Kampf gegen den kommenden 1-Pfennig-Lohnabbau aufnehmen. Schafft überall Kampfleitungen, besprecht eure Lage, nehmt den Kampf auf für die Winterbeihilfe und gegen jeden Pfennig Lohnabbau.**

Fall Neidhart

(Arbeiterkorrespondenz)

Der letzte „Aufbau", diese Schimpfzeitung der SPD. für die Gasarbeiter, ist sehr entrüstet, weil Kollege Neidhart von den Lichtenberger Gaswerken von den bösen Kommunisten zu solchen Taten gezwungen werden sollte, die den Interessen der Gasarbeiter zuwiderlaufen. Nun wollen wir diesen Fall Neidhart ohne schimpfen ein wenig unter die Lupe nehmen.

70 Kollegen wurden in den letzten Wochen durch Stillegung vom Ofenblock versetzt, wodurch ihre Lohnverhältnisse sich verschlechterten. Wir fragen: Darf ein Betriebsrat nach wochenlangem Kuhhandel mit der Direktion die Zustimmung zur Stillegung von Betriebsabteilungen und daraus folgenden Versetzungen von 70 Kollegen geben, ohne die Belegschaft rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen? Dieser Betriebsrat war der Kollege Neidhart.

Weiter: der rote Betriebsrat hat einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wurde, daß der stillgelegte Ofenblock wieder in Betrieb gesetzt werden soll, daß die versetzten Kollegen wieder ihren ursprünglichen Arbeitsplätzen zugeführt werden sollen. Wer hat dagegen gestimmt? Kollege Neidhart mit dem gesamten reformistischen Betriebsrat!

Wir fragen: Darf ein Betriebsrat durch freie Vereinbarung mit der Direktion Akkordlohnabzügen von 10 Mark für die Reinigungskästen ohne die Belegschaft zustimmen? Das war wieder der Kollege Neidhart.

Wer hat seine zustimmende Erklärung im Betriebsrat für die 50 Mark Winterhilfe, die von dem roten Betriebsrat beantragt wurde, zurückgezogen? Das war der Kollege Neidhart, der auch gegen die Herabsetzung der Tarife für die kleinen Konsumenten und gegen die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich gestimmt hatte.

Das Schimpforgan behauptet, daß Neidhart aufgefordert wurde, den Betrieb für den BVG.-Streik stillzulegen. Nie hatte die KPD. oder RGO. von Neidhart verlangt, daß, ohne daß die Voraussetzungen für einen Streik im Betrieb bestehen, er mit einer Handvoll Kollegen den Betrieb stillegen solle. Aber die Kollegen können von einem „roten" Betriebsrat nicht verstehen, daß, als die BVG.-Arbeiter in ihrem heroischen Kampf um Lohn und Brot standen, er von dem Gaswerk Blockdamm sich entfernt und die Beschlüsse der Belegschaft sabotiert.

Man kann allerdings verstehen, daß eine solche Art „roter" Betriebsrat von den Reformisten warm empfangen wird. Und wenn jetzt Kollege Neidhart auf der andern Seite der Barrikade steht, muß man noch mit viel größerer Energie darauf hinweisen, daß die Gasarbeiter die revolutionären Elemente der Arbeiterschaft als ihre Betriebsräte und Führer wählen müssen, die nicht feige Kompromisse, sondern den Kampf verkünden. **Nur Kampf kann die Gasarbeiter aus ihrer jetzigen schweren Lage retten. Glauben vielleicht die Kollegen vom Gaswerk Lichtenberg, daß eine Garantie besteht für einen sicheren Arbeitsplatz der Kollegen, wenn dort stillgelegt wird? Nur der Kampf aller Gemeindearbeiter in Einheitsfronfaktion, durch rote Vertrauensleute und Delegiertensystem verstärkt, kann sie vor den würgenden Händen des Gemeindekapitalismus retten und ihre Lage verbessern. Kein Pfennig Lohnabbau am 1. Januar und her mit den 50 Mark Winterbeihilfe!**

Wahlterror

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei den Berliner Städtischen Gaswerken AG. stehen zum Februar—März die Wahlen zur Betriebskrankenkasse bevor. Dazu wird von seiten des reformistischen Betriebsrats und Obmanns der Krankenkasse eine neue Wahlordnung vorbereitet, die eine **Verschlechterung der Mitgliederrechte bedeutet. Man will dadurch die RGO. bei der Wahl ausschalten. Der § 4 der alten Wahlordnung soll so umgemodelt werden, daß die Wahl in sechs Abteilungen vorgenommen werden soll und Vorschläge nur durch die Organisationen (d. h. den Gesamtverband) eingereicht werden können.**

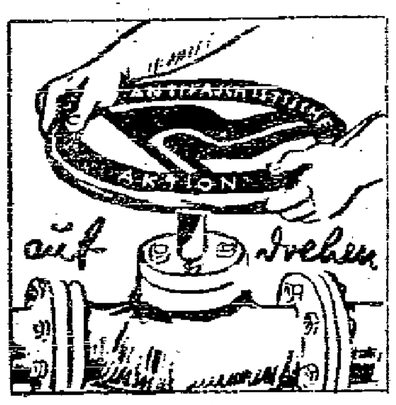
Demgegenüber steht die Opposition auf dem Standpunkt, daß das eine ungeheure Verschlechterung der Mitgliederrechte bedeutet und daß es vollkommen genügt, wenn die Vorschläge mit fünf Unterschriften von Mitgliedern der Kasse eingereicht werden, wie das auch im alten § 7 vorgesehen ist, und daß die Wahl zentral für Groß-Berlin durchgeführt wird.

Diese geplante Verschlechterung der Wahlordnung wird mit Entschiedenheit von den Mitgliedern zurückgewiesen, und die Mitglieder verlangen, daß die alte Wahlordnung mit der zentralen Wahlliste über Groß-Berlin beizubehalten ist. Dieser Kurs der Reformisten, das Wahlrecht der Krankenkassenmitglieder zu schmälern, liegt durchaus in ihrer Linie des allgemeinen Abbaus der sozialen Einrichtungen.

Der Prunkpalast in der Bendlerstraße

Ein Kapitel zu dem Berliner „Gemeindesozialismus"

(Arbeiterkorrespondenz)



In der „Roten Fahne" stand vor einigen Tagen eine Arbeiterkorrespondenz, in der berichtet wird, daß der Antrag der roten Betriebsräte der Städtischen Gaswerke, sofort 50 Mark Winterhilfe auszuzahlen, mit der Begründung von den Reformisten abgelehnt wurde, daß diese Winterhilfe der Gemeindearbeiter die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung gefährde.

Auf diese Irreführung antwortet das „Berliner Tageblatt" vom 25. Dezember 1932. In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Das neue Gesicht des Tiergartenviertels (Was aus Luxus- und Prunkbauten wurde)" wird folgendes berichtet:

„Die Villa Bendlerstraße 41, früher Herrn Katzenellenbogen gehörend, wurde, wie wir im „Zentralmarkt" meldeten, von den Charlottenburger Wasserwerken angekauft, die in diesen Tagen das Haus als Direktionsgebäude in Benutzung genommen haben."

Also dafür ist Geld da! Dieser Palastkauf aus den Steuergroschen der Arbeiter gefährdet die Wohlfahrtsunterstützung nicht. **Am Molkenmarkt stehen die von der BVG. angekauften Häuser leer, aber diese Leute müssen am Tiergarten arbeiten. Der Molkenmarkt und Umgebung ist ihnen scheinbar nicht fein genug. Hoffentlich kommt einmal der Tag, an dem wir diesen Herren die ihnen zukommenden Plätze anweisen werden.**

Darüber hinaus muß dieser Fall die kämpfenden Gas- und anderen Gemeindearbeiter in ihrem Kampf für die Winterhilfe bestärken. **Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß, wenn Winterhilfe für darbende Gemeindearbeiter abgelehnt wird, Prunkpaläste gekauft werden. Weg mit den Prunkpalästen! Her mit der Winterhilfe!**

Gehälter

die nicht gekürzt werden

(Angestelltenkorrespondenz.)

Den tariflichen Angestellten von Osram Hg wurde durch die Einführung der Kurzarbeit das Gehalt bekanntlich um zehn Prozent gekürzt. Die Kurzarbeit wurde damals auch von den oberen Angestellten, die außerhalb des Tarifs stehen, angenommen. **Allerdings blieben diese Herren von der zehnprozentigen Gehaltskürzung verschont. Vielen Angestellten ist das sicherlich nicht bekannt. Man braucht sich darüber auch gar nicht zu wundern, denn der Angestelltenrat hat bisher diese „soziale" Tat für die Herren Vorgesetzten mit dem Mantel der Verschwiegenheit bewahrt.**

Warum hat der Angestelltenrat diesen Skandal bisher der Angestelltenschaft vorenthalten? Warum hat er zu dieser Korruption geschwiegen?

Kollegen und Kolleginnen, diese Tatsache wird euch die Augen öffnen: Die zehnprozentige Gehaltskürzung bei uns erfolgte zugunsten der hochbezahlten Direktoren und anderen höheren Vorgesetzten.

Ich bin der Auffassung, daß man auch jetzt noch etwas dagegen unternehmen muß. **Ab 1. Januar soll uns wieder die Bürgersteuer von dem gekürzten und niedrigen Gehalt abgezogen werden. Wir müssen verlangen, daß diese Steuern nicht wir, sondern die Osram-Direktion trägt.**

Darüber hinaus müssen wir Osram-Angestellten mit der Arbeiterschaft zusammen den Kampf für die Verbesserung unserer Lebenslage aufnehmen. Daß die Angestellten von Osram auf gutem Wege sind, zeigt auch, daß auf der letzten ZdA.-Versammlung solche Kollegen in die neue Leitung gewählt wurden, die mit dem Verhalten der Gewerkschaftsführer nicht einverstanden waren. **Bei den kommenden Betriebsratswahlen müssen wir die klassenbewußtesten Angestellten in den Angestelltenrat wählen, die mit den roten Betriebsräten unsere Interessen besser vertreten wie die Reformisten.**

Frau Maria Graf, Kaffeehausbesitzerin in Berlin-Tempelhof, Berliner Straße, bittet zu veröffentlichen, daß ihre Bäckerei und Konditorei in Berlin-Tempelhof, Berliner Straße, nicht mit dem Kaffeehaus identisch ist, über das in der „Roten Fahne" vom 24. November eine Korrespondenz erschienen ist.

Die Firma A. Koch & Co. läßt mitteilen, daß sie mit der Firma Frieda Koch, Blumenstraße 33, über die eine Korrespondenz mit der Ueberschrift „Eine Hölle für Jungarbeiterinnen" in der „Roten Fahne" veröffentlicht wurde, nicht identisch ist.

Der Herr Geschäftsführer

(Angestelltenkorrespondenz)

Die „soziale" Firma Aschinger greift das Personal, gestärkt durch seine Passivität, auf der ganzen Linie an! Im besonderen sind die Geschäftsführer davon schwer betroffen. **Im Zeitalter der „Ankurbelung" müssen die Geschäftsführer eine Arbeitszeit von 14 Stunden leisten. Eine Maßnahme, die sich auf die Dauer als gesundheitsschädlich auswirken wird.**

So verfährt eine „soziale" Firma mit Angestellten, die ein, ja zwei Jahrzehnte die Interessen der Firma treu vertreten haben. Die Unternehmer schrecken nicht vor dem äußersten zurück. Das hat Aschinger zu gut bewiesen. **Daraus sollten die Angestellten lernen und ihre Vorurteile über Bord werfen. Nicht gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern, nur so können sie sich ihr Recht erkämpfen!**